

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
 Bezugspreis monatlich 25 Pfg., vierteljährlich 75 Pfg., einschließlich Trägertlohn. In den Abholstellen monatlich 20 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 75 Pfg., ausschließlich Bestellgeb. Einzelnummer 5 Pfg.

Anzeigenpreise:
 Die 6spaltige Zeitzeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 3spaltige Reklamezeile 60 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsangelegenheiten 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
 Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
 Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 11

Danzig, Sonnabend den 18. März 1916

7. Jahrgang

Frauentage

Die Welt hat sich gewaltig geändert, nicht zum Besseren! Millionen der hoffnungsreichsten Männer aller großen Nationen sind für immer dahin, und mit ihrem Leben ist der Friede nicht erkauft worden. In Not und Gefahr stehen andere Millionen, und doch ist es nicht die Zeit, die wir nur als die der Männer beuten können. Obgleich sich die Männer mit ihrem ganzen Sein einsetzen, so ist doch diese Zeit mehr als irgend eine andere die Zeit der Frauen. Noch niemals hat die Frau im Leben und Wirken unseres Volkes, im Verwalten des Landes, in der Fortführung der Wirtschaft einen so gewaltigen Einfluss gewonnen, als gerade jetzt. Das gilt vor allem für die proletarische Frau, die von der kapitalistischen Produktionsweise in immer höherem Maße zur industriellen Betätigung herangezogen wurde, die aber niemals, wie nun während des Krieges, so stark und so gewaltig Breche geschlagen hat in die den Männern scheinbar für immer vorbehaltenen Berufe. Hunderttausende Frauen, die früher nur der Familie lebten, sind dem Hause entrissen, für sie ist das angebliche Frauenideal der bürgerlichen Gesellschaft, das die Frau in das Haus gehört, auf das gründlichste zerstört. Aber auch im öffentlichen Leben empfinden wir die Wirksamkeit der Frau heute stärker denn je. So stark dieses öffentliche Leben auch durch den Kriegszustand und durch alles, was damit in Zusammenhang zu bringen ist, auf das äußerste beschränkt wird, so ist das Interesse der Frau doch an diesem öffentlichen Leben heute reger als je. Die Fragen der Ernährung, der körperlichen Erhaltung der Familie unter Einwirkung der Staatsgewalt stehen heute im Vordergrund des allgemeinen Interesses. Daß da die Frauen am meisten zu prüfen und zu urteilen haben, versteht sich von selbst.

Leider sind aber nur die Voraussetzungen für die politische Betätigung der Frau heute klar erkennbar, es fehlt in der bedauerlichsten Weise an der Vorbereitung und Schulung der Frauen und Mädchen für die politische Urteilsbildung. Staat und Schule, wie bürgerliche Parteien und gesellschaftliche Vorurteile tragen hieran die Schuld. Die sozialdemokratische Partei hat immer wieder auf die vollständige politische Gleichberechtigung von Mann und Frau gedrängt, ihr glänzendster und unerreichter Führer August Bebel ist auch der bedeutendste Vertreter der Frauenrechte gewesen. Innerhalb unserer Organisation haben wir immer die Frauen als gleichberechtigt anerkannt. Tzehntausende Versammlungen für Frauen haben wir abgehalten, Millionen Flugblätter, Broschüren, Frauenzeitungen wurden verbreitet, in unserer Partei wie von unserer Gewerkschaftspresse wurde das Wort für die Frauen geführt. Besondere Frauentage haben wir abgehalten während der Friedenszeit! Auch nun demonstrieren wir trotz aller Schwierigkeiten, trotz allen seelischen und wirtschaftlichen Druckes dieses Krieges für das Bürgerrecht der Frauen.

Zu politischer Mitarbeit muß der Krieg die Frauen drängen. Hundertmal ist in diesen Monaten das Wort des Generals Clausewitz wiederholt worden, daß der Krieg nichts anderes sei als eine Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln. Diese Erkenntnis aber sollte eigentlich schon genügen, um auch die letzte Frau darüber aufzuklären, wie wichtig es für sie sein muß, Einfluss auf die Politik zu gewinnen. Gewiß, die Frau braucht nicht mit hinaus ins Feld, braucht nicht auf langen, mühseligen Märschen zu hungern und zu dürsten, im naßkalten Schützengraben mordspriehendes Feuer auszuhalten oder mit dem Bajonett in der Hand gegen feindliche Stellungen anzustürmen. Aber die Sorgen und Räte der Heimgebliebenen zählen auch das ihrige; wer will ermeßen, wieviele Tränen der Angst und Sorge, des Kummers und Weides in dieser Zeit schon aus Frauenaugen geflossen sind! — Doppelt und dreifach aber trifft der Krieg die Frauen mit seinen Wirkungen nach innen. Die Frauen sind es, die am meisten davon berührt werden, wie die Nahrungsmittelerzeugung organisiert wird, wie die Preise geregelt, die Heimgebliebenen vor wucherischer Ausbeutung geschützt, die ihres Ernährers Beraubten durch ausreichende Unterstützungen und andere sozialpolitische Maßnahmen vor dem Verhungern behütet werden. — Es liegt auf der Hand, daß die Zeit nach dem Kriege erst recht die Lösung großer sozialpolitischer Aufgaben

erfordern, und daß hier die Frau ebenso an der Art dieser Lösung interessiert sein wird. Mit eindringlicher Sprache muß das die Frau darauf verwiesen, daß sie sich um die Politik zu kümmern hat.

Die Einsicht in die Notwendigkeit politischer Betätigung schließt als selbstverständliche Folgerung, wenn nicht gar Voraussetzung, in sich die Verpflichtung, sich größere politische Rechte zu erkämpfen. Die Rolle, die der Krieg der Frau zugewiesen hat, muß das Streben nach Bürgerrechten wirksam unterstützen. Weniger als je ist heute einzusehen, weshalb die Frau, die wie der Mann arbeiten, Familien verfortgen, Staatspflichten erfüllen muß, nicht auch im Gesetz dem Mann gleich geachtet werden, bei Wahlen mit ihm gleiche Rechte ausüben und auch sonst dem männlichen Mitbürger gleichgestellt sein soll.

Die Frau muß lernen, für ihre Rechte und ihre sozialen und wirtschaftlichen Interessen einzutreten, indem sie die Organisationen stärkt, die in ihrem Sinne den politischen Kampf zu führen gewillt sind. Die Partei der arbeitenden Frau kann nur sein die Sozialdemokratie.

Der politische Kampf ist durch Krieg und Kriegszustand in enge Grenzen gebannt. Aber das kann nicht hindern, im Gegenteil, muß erst recht dazu anfeuern, für die Organisationen zu werben; die Tatsache, daß die Kraft der Männer, ihre Beiträge und sonstigen Leistungen der Partei entzogen sind, mußte jeder Frau eine dringende Mahnung sein, nun ihrerseits mit allen Kräften für die Bewegung zu wirken. Die Aufgaben der Partei nach dem Kriege werden ungeheuer sein. Es gilt, beizeiten vorzuzugreifen, daß sie imstande ist, ihnen gerecht zu werden. Es ist eine Pflicht der Frauen auch gegen ihre Männer und ihre Söhne, die draußen im Felde stehen, das was vornehmlich durch ihre Arbeit erschaffen wurde, durch die Zeit des Krieges hindurch zu erhalten und womöglich noch auszubauen, damit sie, aus dem Felde zurückkehrend, in einer Zeit höchster politischer Spannungen nicht erst wieder von vorne anfangen müssen.

Ist die Möglichkeit politischer Betätigung durch Versammlungen, Demonstrationen und ähnliche Kundgebungen während des Krieges nur gering, so wird es um so wichtiger, daß die Organe der Partei, die auch in der Kriegszeit den Willen der Partei kundtun können, daß die Zeitungen, die im Dienste der Sozialdemokratie wirken, gestützt und gefördert werden. Auch die Presse sieht sich in der Erfüllung ihrer Aufgabe großen Schwierigkeiten gegenüber; besonders die sozialdemokratische Zeitung hat natürlich unter den Hemmnissen zu leiden.

Umsomehr muß es jeder für seine Pflicht halten, dafür zu sorgen, daß die Worte seines Organs Nachdruck und Ansehen erhalten durch die Zahl der Anhänger und Bezahler, die hinter ihm stehen.

So wird es zu einer besonderen Aufgabe der Frau, zu ihrer Zeitung zu halten und ihre Verbreitung zu fördern; eine besondere Aufgabe auch, mit dieser Zeitung eine ständige Verbindung herzustellen zwischen dem Heim und draußen, zwischen denen im Felde und ihren Angehörigen, die zurückblieben. Nur durch diese ständige Verbindung wird eine Gewähr dafür geschaffen, daß sich die nach beendetem Feldzuge Heimgekehrten gleich wieder als vollwertige Mitkämpfer einreihen können in die Organisationen zur Vertretung ihrer Interessen.

Auch die Kriegszeit — ja, gerade die Kriegszeit — verlangt, daß die Frau, die Arbeiterfrau vor allem, ihren Blick hinaus richtet über die heimischen vier Wände, daß sie Hand anlegt, um im öffentlichen Leben mitzuarbeiten. An Gelegenheit zur Betätigung fehlt es nicht; die Mitarbeit wird vielleicht unbemerkter, verborgener sein, als in der Zeit vor dem Kriege; es wird sich wesentlich handeln um ein stilles Werben und Wirken im Kreise der Bekannten und Arbeitskolleginnen. Aber gerade das, sollte man meinen, müßte den Neigungen der Frauen entgegenkommen.

Die Partei der Arbeiter wendet sich auch in diesem schweren Kriegsjahre an die Frauen. Ihr Appell ist dringlicher noch als in der Zeit des Friedens. Möge der Wiederhall, den er in den Kreisen der Proletarierfrauen findet, denn auch nicht gering sein!

Kriegsnachrichten

Selbstmord der Zivilisation

„Selbstmord der Zivilisation“ so nennt der Papst in einer Klage darüber, daß seine Friedensmahnungen bei den Regierungen kein Gehör finden, die Fortdauer des mörderischen Krieges. Wie Wolffs Bureau mitteilt, veröffentlicht das päpstliche Organ, der Osservatore Romano einen Brief des Papstes an den Kardinalvikar Pompili über den Krieg. Der Papst erinnert an seine früheren Bemühungen zur Wiederherstellung des Friedens und fügt hinzu, daß leider seiner väterlichen Stimme kein Gehör geschenkt worden sei. Sie habe indessen ein tiefgehendes Echo unter den Völkern gefunden. Dem Papst erscheine es unmöglich, sich davon abhalten zu lassen, nochmals seine Stimme gegen den Krieg zu erheben, den er als „Selbstmord der europäischen Zivilisation“ bezeichnet.

Aber nicht nur dem Diener der Religion, der kraft seines Amtes und bei jedem Blick auf die Vernichtung zwischen den Katholiken der einzelnen Länder die Friedensmahnungen erheben muß, selbst bei den Militärs ringen sich diese Gefühle durch. In einer Würdigung der Kämpfe um Verdun macht der Major Morath, der bekannte Kriegskrieger im Berliner Tagblatt die Bemerkung: „Wenn ganz Deutschland mit Stolz auf seine sturmerprobten Krieger blickt, ihre Ausdauer, ihren Mut bewundert, und sich selbst, seine lebenden und sterbenden Helden nie zu vergessen, so bleiben wir doch gerecht genug, auch die Tapferkeit des Feindes anzuerkennen. In zahlreichen Gegenstößen sucht er sich Luft zu schaffen. Er stemmt sich gegen die eiserne Umklammerung, gegen die todernde Vernichtung aus unseren furchtbaren Feuerstellungen. Ein Geschlecht von kriegerischen Werten sinkt vor Verdun ins Grab oder schleppt sich verstümmelt in die Heimat zurück. Das ist das Erschütternde in diesem Blutvergießen, daß zwei Nationen, die Hand in Hand die Erde beherrschen und ihre Kultur unbeschränkt erhöhen könnten, sich zerfleischen. Und dazu erinnern wir uns, daß für beide Völker keine zwingenden Gründe vorlagen aneinanderzuprallen. Die dargebotene kaiserliche Hand aber wurde verschmäht. Wie wir in Deutschland uns nicht vorwerfen lassen, als urteilsreifes Volk in unserer Geschlossenheit zum Kriege gehegt zu haben, so müssen wir auch ehrlicherweise die Millionen Frankreichs nicht mit solcher Absicht belasten. Wenige Tausende waren die Anstifter.“ Man muß diese Worte schon deshalb wiederholen, weil sich in ihnen darat, wie sich selbst in der reinmilitärischen Betrachtung des Krieges das Bewußtsein seines entsetzlichen Widersinns durchschlägt. Der militärische Kritiker unterleuchtet und stellt die Kriegslage dar, er wägt nur Erfolg und Mißerfolg ab. Aber inmitten der Untersuchung drängt sich unaufhaltsam das Gefühl durch, wieviel Blut da fließt.

Auch die Erde um Verdun herum hat viel Blut getrunken, auf beiden Seiten. Die Schilderungen des furchtbaren Geschützfeuers und der schrecklichen Infanterieangriffe lassen in die Hölle dieser Tage nur einen Blick tun; aber das innere Gefühl irrt nicht, wenn es hinter den knappen Zeilen der Berichte viel Blut fließen sieht. Wer Gelände gewinnt, wer verliert, was bedeutet das gegen die schmerzsvolle Tatsache, daß sich beide zerfleischen?

Amerika sorgt für alles

Der in San Francisco erscheinende Vorwärts schrieb vor kurzem: „Letzte Woche fuhr ein Schiff aus dem Hafen von New York, voll beladen mit Gewehren, Pulver, Bibeln und hölzernen Beinen. Durch die Gewehre machten unsere Kapitalisten es möglich, daß sich die Völker noch ferner hinstrecken; in diesem Geschäft können sie sich durch die Bibeln erbauen und andächtig stimmen. Sind sie Krüppel geworden, können sie die Holzbeine benutzen.“

Die Kämpfe vor Verdun

scheinen etwas an Heftigkeit nachgelassen zu haben. Das ist ganz natürlich und erklärlich. Der Angriff auf ein Festungsbollwerk von der Stärke und dem Umfange Verduns erfordert einen geradezu ungeheuren Verbrauch von Artilleriemunition, deren Herbeischaffung mitunter mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist. Und in den letzten Tagen noch hat es in der Umgebung von Verdun förmlich geschossen „gereget“. Der Stahlregen der Geschosse auf die Hauptangriffspunkte bei Verdun nahm, wie sich der Daily Express aus Paris berichten läßt, allmählich ortsnahen Charakter an. Die Umgebung der Stadt ist sozusagen völlig hinweggefegt, die Dörfer sind zerstört, verkolte Trümmer-

hausen, einzelne Häuser sind ganz vom Erdboden verschwunden. Bäume gestrichelt und gespalten, der Erdboden aufgewühlt und mit Stachelgeschossen gespickt. Die Festung selbst hat in der letzten Zeit mehr und mehr gelitten. Das Feuer der deutschen Geschütze scheint hierbei hauptsächlich auf die Festungsmauern gerichtet worden zu sein, wo schwere Treffer große Klüfte der Festungsmauern verursachten.

Selbst französische Militärkrieger rechnen mit einem beständigen Generalangriff auf Verdun. Das Vorfeld und die stärksten Forts seien für die Franzosen so gut wie verloren, und eine Reihe wichtiger Stützpunkte erlitten ernstlich bedrohliche, zumal der deutsche Vormarsch von mehreren Seiten aus vor sich gehe.

Schweizer Blätter stellen fest, daß französische Quellen und Blätter jetzt selbst zugeben, daß die deutsche Armee immer näher an Verdun herandrückt. Die größeren Aktionen von Verdun verzögerten sich nur, weil starker Schneefall das Gelände durchwühlt hat und das Heranbringen der schweren deutschen Geschütze aufhält.

Die Verluste der Franzosen in den Kämpfen bei Verdun werden als sehr schwer bezeichnet. Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung aus Amsterdame sollen sie bereits über 100 000 Mann betragen. Die Verteidigung von Verdun hat vom Oberkommando den Befehl erhalten, die Verluste nach Möglichkeit einzuschränken.

Krieg zwischen Deutschland und Portugal

Dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Portugal ist die deutsche Kriegserklärung an die jüngste Republik der romanischen Rasse gefolgt. Dieser Schritt unserer Regierung ist in Deutschland mit völliger Ruhe aufgenommen worden, denn jeder weiß, daß die deutsche Regierung den Portugiesen ein ungewöhnlich großes Maß von Zurückhaltung bewiesen hat, obwohl Portugal von allen europäischen Staaten der ist, der am wenigsten ernst zu nehmen ist. Das Land hat etwa 3 1/2 Millionen Einwohner und befindet sich in wirtschaftlichem Verfall. Seit Jahren arbeitete die monarchische Staatsmaschine mit den korruptesten Mitteln. In diesen Dingen und an dem Finanzdefizit hat auch das republikanische Regiment nichts geändert. Bei den Arbeitern und Kleinbauern Portugals ist der Hunger ein beständiger Gast, obwohl das Land fruchtbar ist. An den Naturschätzen bereichern sich Oliven, die im englischen Solde stehen. Das portugiesische Heer ist als Gegner ebenfalls nur gering zu werten. Es soll im Kriegesfall auf 300 000 Mann gebracht werden können. Ausbildung, Ausrüstung und Disziplin sind höchst mangelhaft. Um auf einem Kriegsschauplatz eingreifen zu können, müßte es erst übers Meer gebracht werden, und da reizen die deutschen Unterseeboote wohl auch noch ein Wort an. Alles in allem kann man nur das portugiesische Volk bedauern, das von den Nachbarn Englands zur Schlachttank geschleppt wird, obwohl die Herren an der Themse ganz genau wissen, daß hierdurch der deutsche Ansturm nicht einmal vorübergehend zurückgedrängt werden kann. Es muß sehr schlimm mit der englischen Schiffsahrt stehen, daß der britische Staat nach dem portugiesischen Strohalm greift.

Eine Erklärung für Portugals Kriegspolitik

In einer Unterredung, die der bisherige portugiesische Gesandte in Berlin, Soares, und der portugiesische Gesandte in Bern, Santos Boudiera, einem Mitarbeiter des Berner Tageblattes gewährten, ist nach der Frankfurter Zeitung von diesen beiden Portugiesen erklärt worden, von einer Neutralitätsverletzung Portugals könne schon deshalb keine Rede sein, weil Portugal von Anfang an erklärt habe, nicht neutral sein zu wollen. Portugal will genau, daß es durch den Krieg mit Deutschland nichts gewinnen könne. Deutschland glaube vielleicht die portugiesischen Kolonien als Tankobjekt bei den Friedensverhandlungen benutzen zu können. Portugal werde England 100 000 Mann Infanterie und einige Batterien zur Verfügung stellen. Mit Spanien habe Portugal auf freundschaftlichem Fuße.

Nach verschiedenen Berliner Blättern erhält Portugal als Lohn für den Abschluß der Schiffsahrt von England eine Entschädigung von 300 Millionen Franc und eine ansehnliche hohe Rente für die Benutzung der geräumten Dampfer, von denen übrigens 22 unter 37 durch absichtliche Beschädigung der Maschinen für lange unbrauchbar gemacht worden seien.

Die Oesterreicher vor Valona

Auf dem Vormarsch nach dem albanischen Süden sind österreichisch-ungarische Truppenkräfte nunmehr in der Gegend von Jozas und am Fluß Bojatis, das heißt 20 Kilometer nördlich Valona angekommen. Die Truppen haben damit seit der Einnahme Durayos 70 Kilometer hinter sich gebracht — eine Angabe der erschwerenden Umstände halber Bestätigung.

Politische Rundschau

9000 angeklagt; 5000 verurteilt; 83 Todesurteile.
Die englische Regierung veröffentlichte gestern ein Staatsbuch über den Aufstand in England im Mai 1914. Es ist der britische Gouverneur Sir Robert Balfour beauftragt worden, die bündelartigen Eingekerkerten der mohamedanischen Kisten an. Solange und nicht wurden registriert und stellen die Ordnung der, indem sie 67 Personen, denen, nachdem wurde der Belagerungszustand aufgehoben, 100 Eingekerkerten wurden verurteilt 5000 zu Gefängnisstrafen, 50 zum Tode verurteilt, waren 34 hingerichtet wurden. Mehrere Wochen nach dem Aufstand wurde eine Anzahl reicher und gebildeter Eingekerkerten verhaftet und ohne Prozess wochenlang im Gefängnis gehalten.
Mit Ausnahme des Labour Leader ist die englische Presse nicht geneigt, die britische Verfassung von England zu verteidigen, die durch Aufrechterhaltung der religiösen und politischen Verhältnisse die englische Herrschaft zu befestigen glaubt.

Keine neuen Kriegskredite!

Der Reichshaushaltsetat für 1916 schließt im ordentlichen Etat in Einnahmen und Ausgaben mit 3 659 261 930 Mark, gegen das Vorjahr mehr 336 180 306 Mark. Dabei ist der Betrag der Kriegskredite mit 480 000 000 Mark für drei Vierteljahre eingelegt. Dagegen fallen aus der Schatzkammer mit 2 Millionen und der Mehrbeitrag, der im vorigen Jahre 827 740 881 Mark betrug. Im außerordentlichen Etat sind 30 Milliarden für Kriegskredite, die im Vorjahre hier eingelegt waren, in Wegfall gekommen. Es verbleiben Ausgaben von 99 213 530 Mark, denen Einnahmen von 87 507 853 Mark, sodas 11 705 677 Mark durch Anleihe aufzubringen sind.

In den Vorbemerkungen heißt es: Die für die Durchführung des Krieges benötigten Mittel werden nach Bedarf durch besondere Kriegskredite angefordert. Der im Dezember 1915 bewilligte Kriegskredit von 10 Milliarden wird noch für einige Monate ausreichen, so daß mit dem vorliegenden Etat ein neuer Kriegskredit noch nicht verbunden zu werden braucht. Die fortwährenden Ausgaben der Verwaltung des Reichsheeres, des Reichsmilitärgerichts und der Verwaltung der kaiserlichen Marine werden während des Krieges, dessen Dauer sich nicht voraussehen läßt, gleichfalls aus den Kriegskrediten bestreiten. Sie sind deshalb in den vorliegenden Etat nicht eingestellt. Die ordentliche Ausgabe für Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld erscheint entsprechend dem Verfahren im Etat für 1915 mit dem tatsächlich erforderlichen Betrag in Höhe von rund 2303 Millionen.

Die Herstellung des Gleichgewichts im ordentlichen Etat für das Rechnungsjahr 1916 ist ohne Erschließung neuer Einnahmen nicht möglich. Die vorgeschlagenen Kriegssteuern — Tabakabgaben, Dankschuldenstempel, Reichsabgabe von Post- und Telegraphenverkehr, Frachtkundenstempel — deren voller Jahresertrag auf 520 bis 540 Millionen veranschlagt wird, sind angesichts der Tatsache, daß sie nicht alsbald mit Beginn des neuen Rechnungsjahres in Kraft treten werden, mit 480 Millionen in die Einnahme eingestellt. Daneben ist ein Kapitel für Einnahmen aus der Kriegsgewinnsteuer vorgesehen, um den Ausfall bei anderen Einnahmestapeln auszugleichen. Der Ueberschuß des Rechnungsjahres 1914 von rund 219 704 721 Mark wird zur Deckung der Ausgaben des ordentlichen Etats bereitgestellt. Zur Schuldentilgung werden bereitgestellt zusammen 82 947 530 Mark. Durch Notgesetz wird, wie im Vorjahre, angeordnet, daß die Tilgung von Kriegsanleihen nicht stattfindet, weil hierüber erst nach Friedensschluß bestimmt werden kann. Der Schatzanweisungskredit ist auf 2 Milliarden Mark bemessen.

Briefe 15 Pfennige, Postkarten 7 Pfennige

Nach dem dem Bundesrat vom Reichskanzler vorgelegten Geleitentwurf soll mit den Post- und Telegraphengebühren eine außerordentliche Reichsabgabe nach folgenden Sätzen erhoben werden:

Von jeder Sendung bei Briefen im Orts- und Nachbarortverkehr zwei Pfennig, im sonstigen Verkehr fünf Pfennig, bei Postkarten zwei Pfennig, Drucksachen bis 50 Gramm ein Pfennig, bei Paketen bis zu einem Gewicht von fünf Kilogramm bis 75 Kilometer Entfernung fünf Pfennig, alle weiteren Entfernungen zehn Pfennig, bei einem Gewicht von über fünf Kilogramm bis 75 Kilometer Entfernung zehn Pfennig, alle weiteren Entfernungen zwanzig Pfennig, bei Briefen mit Wertangabe bis 75 Kilometer Entfernung fünf Pfennig, auf alle weiteren Entfernungen zehn Pfennig, bei Postauftragsbriefen fünf Pfennig, bei Postauftragserweiterungen im Betrage von mehr als 10 bis 50 Mark fünf Pfennig, über 50 bis 100 Mark zehn Pfennig, über 100 Mark zwanzig Pfennig, im Postfachverkehr bei Beträgen von über 10 Mark bei Kohorten fünf Pfennig von jeder Zahlkarte, bei Ausschreibungen fünf Pfennig von jeder Ausschreibung und bei Heberweisungen von einem Postfachkonto auf ein anderes zwei Pfennig von jeder Heberweisung. Bei Telegrammen von jedem Telegramm im Stadtverkehr fünf Pfennig, im sonstigen Verkehr fünf Pfennig, bei Ferngesprächen und Fernpostkarten von jeder Sendung fünf Pfennig, bei Anschließern an das Orts-, Vorort- oder Fernsprechnetz 20 Prozent von jeder Pauschal- oder Grundgebühr, bei Ortsgesprächen von Teilnehmeranschlüssen gegen Grundgebühr, Gebühren im Fernverkehr, Bezirksverkehr und Fernverkehr 20 Prozent von der Gebühr für jedes Gespräch und bei Fernsprechnetzentwürfen 20 Prozent von der Gebühr für jeden Nebenanschluß.

Ferner ist in Aussicht genommen, den Frachtkundenstempel für Einnahmen im Eisenbahnfrachtverkehr zu erhöhen und einen Stempel für Seefracht nach folgenden Sätzen einzuführen: Frachtkunden im inländischen Eisenbahnverkehr über Frachtkunden und Erprobung nach dem Pfennig, Gürtelgut dreifach Pfennig, Frachtkunden im Seefrachtverkehr bei einem Frachtbetrag von nicht mehr als 25 Mark ein Mark, bei höheren Beträgen zwei Mark, Fern- im Seefrachtverkehr bei einem Frachtbetrag von nicht mehr als 25 Mark ein Mark, bei höheren Beträgen drei Mark. Die Erhebung für Seefrachtverkehr ermäßigt sich um die Hälfte, wenn das Ladegewicht des gestellten Wagens weniger als 10 Tonnen beträgt.

Die die „Tägliche Rundschau“ ausführt, treffen die neuen Bestimmungen des Post- und Telegraphenverkehrs gleichmäßig den Verkehrsbedarf der Armeen wie der Reichs, es ist auch jeder Versuch einer sozialen Anpassung. Wir halten diese Verkehrsbelastung höchstwahrscheinlich für eine verwerfliche Sache, solange nicht jede wirtschaftliche und geistige, allem menschlichen und allem kulturellen Empfinden zugehörige Steuerquelle erschöpft ist.

Die „Tägliche Rundschau“, der wir zustimmen, ist ein nationalliberales Blatt.

Tabakindustrie und -handel zur neuen Tabaksteuerlage.

In einer am 8. März in Berlin stattgefundenen Versammlung der Arbeitsvereinigung von Verbänden und Unternehmern der deutschen Zigarettenindustrie, in welcher circa 65 v. H. der deutschen Produktion vereinigt sind, sowie der Vertreter sämtlicher Zigarettenhändlerverbände Deutschlands wurde folgende Erklärung beschlossen:

1. Die Händler erklären sich gegen jede herabsetzende Mehrbelastung des Tabakgewerbes in keiner Form, die aus der Erhebung während des Krieges, 2. Die Zigarettenindustriellen erklären sich gegen eine herabsetzende Belastung der Zigarette für die Dauer des Krieges für gleichmäßig unannehmbar und widersprechen der in der Begründung der neuen Steuerlage vorgelegten Aufzählung, als ob sie derselben, wie sie vorliegt, zugestimmt hätten. Händler und Fabrikanten sind sich über folgende Gesichtspunkte einig: Es liegt sowohl dem Interesse des Handels als auch jenseits der Zigarettenindustrie die angebrochene Herabsetzung vor, bei einem normalen Verhältnis, d. h. nach Friedensschluß, bei der Aufhebung der Herabsetzungen für das Reich durch eine endgültige Besteuerung erhebliche Opfer zu bringen. Handel und Industrie bieten für diese Zeit ausdrücklich ihre Mitarbeit an in der

Erwartung, daß dann auf Grund zünftiger Nebenleistungen und sorgfältiger Vorarbeit eine endgültige Form gefunden wird, die Handel und Industrie annehmen kann, und die alle Parteien sowohl für diese als auch für die Arbeiterschaft vorteilhaft ist.

Die außerordentlich große und anhaltende Steigerung der Preise für Rohstoffe und sämtliche anderen Rohstoffe, sowie der Arbeitslöhne während des Krieges, welche die schwierigen Verhältnisse im Tabakgewerbe gezeitigt hat, macht aber den festigen Zeitpunkt zu dem denkbar ungünstigsten für eine Erhöhung der Tabakabgaben. Eine solche würde unbedingt zu einer Verdrängung der Erzeugnisse einer großen Anzahl von Angehörigen des Tabakgewerbes, besonders der kleineren Fabrikanten und Händler sowie der Arbeiter führen, zumal eine ausreichende Abwälzung der erhöhten Abgaben auf die Verbraucher nicht durchführbar ist. Ein außerordentlicher Rückgang des Tabakverbrauches, der schon durch die allgemeine Verteuerung aller Lebensbedürfnisse stark gefördert wird, würde unzweifelhaft eintreten, was den Interessen der gesamten Volkswirtschaft widerspricht. Es wird daher der hohe Reichstag dringend um Abweisung der Vorlage ersucht.

Die Tabakarbeiter gegen die Tabaksteuererhöhung.

Eine Mitgliederversammlung des Tabakarbeiterverbandes in Berlin erklärte sich am 7. März nach einem Referat des Genossen Geyer einstimmig gegen die geplante Erhöhung der Tabaksteuer.

Tirpitz tritt zurück.

Berlin, 15. März. (Amth. B. L. B.) Wie wir hören, hat der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Großadmiral v. Tirpitz, seinen Abschied eingereicht. Zu seinem Nachfolger ist der Admiral v. Capelle in Aussicht genommen.

Vom Reichstag.

Der Reichstag ist wieder zusammengetreten. Die erste Sitzung am Mittwoch war in wenigen Minuten beendet. Präsident Dr. Kaempf begrüßte die Abgeordneten zum neuen Abschnitt der Tagung und gedachte mit rühmenden Worten des Heeres und der Flotte, insbesondere der kühnen Taten der „Möwe“.

Die Tagesordnung (die Rechnung für den Haushaltsplan für 1914 und Petitionen) wurde debattelos erledigt, der Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über eine Petition, die Maßnahmen zum Schutze der deutschen Industrie nach dem Kriege verlangt, wurde auf Antrag Bassermann (Natl.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Seniorenausschuß des Reichstags hat beschlossen, die neugebildete „Deutsche Fraktion“ zuzulassen. Für das Plenum des Reichstags entsteht daraus der Vorteil, daß nunmehr die in der neuen Fraktion vereinigten Parteien zu den einzelnen Gegenständen immer nur einen gemeinsamen Redner stellen können, während bisher jede der kleinen Gruppen einen Redner für sich vorschicken konnte. Die Zahl der Mitglieder der Budgetkommission wird von 35 auf 28 Mitglieder herabgesetzt.

Aus dem Landtage

Das Preussische Abgeordnetenhaus begann am Dienstag die zweite Beratung des Kautschukgesetzes. Die sozialdemokratische Fraktion hat hierzu eine Reihe von Anträgen gestellt, von denen der eine die Regierung um baldige Vorlegung eines Geleitentwurfs ersucht, der das Schulwesen auf der Grundlage der Einheitlichkeit, der Unentgeltlichkeit und der Weltlichkeit und nach den Richtlinien einer zeitgemäßen wissenschaftlichen Pädagogik regelt. Ein anderer Antrag fordert die Einreichung aller Staatszuschüsse für kirchliche Zwecke, ein dritter die Vorlegung eines Geleitentwurfs betr. sofortige Aufhebung der Steuerprivilegien der Geistlichen und Lehrer, der vierte und letzte endlich ersucht die Regierung, im Bundesrat dahin zu wirken, daß sämtliche Vermögen der sogenannten toten Hand zur Reichs-, Staats- und Kommunalsteuer herangezogen werden.

Zur Begründung ihrer Anträge war der Sozialdemokratie bisher noch keine Gelegenheit gegeben, ihr Redner ist noch nicht zu Worte gekommen, aber das Schicksal der Anträge ist besiegelt, denn die Redner der Mehrheitsparteien haben sich mit großer Entschiedenheit dagegen ausgesprochen — ein Beweis dafür, wie sie über die Neuorientierung der inneren Politik auf dem Gebiete des Schulwesens denken. Vor allem liegt ihnen daran, daß dem Volke die Religion erhalten bleibe; in diesem Punkte gibt es keinen Unterschied zwischen dem Herrn v. d. Hlen (Kons.), Dr. Kaufmann (Ztr.) und v. Campé (Ntl.), höchstens, daß die Vertreter der konservativ-kirchlichen Mehrheit noch weiter gehen als ihre national-liberalen Bundesbrüder und sogar in den Lehrplan der Fortbildungsschule den Religionsunterricht eingefügt wissen wollen. Auch darin stimmen alle überein, daß man die Angehörigen feindlicher Länder auch nach dem Kriege möglichst von den Universitäten fernhalten müsse.

Dem Kultusminister war es bei dieser Stimmung des Hauses ein Leichtes, seinen Standpunkt darzulegen. Herr Trott zu Solz stimmt in allen Punkten mit den konservativen Rednern überein und hat für die sozialdemokratischen Anträge nur eine glatte Ablehnung übrig. Eine Begründung gab er nicht; er verwies einfach darauf, daß nach den Erklärungen der Parteivertreter Aussicht auf Annahme der Anträge ja doch nicht bestehe.

Der Beginn der Mittwochssitzung des preussischen Abgeordnetenhauses wurde mit Rücksicht auf die gleichzeitige Tagung der verstärkten Staatshaushaltskommission auf 3 Uhr nachmittags hinausgeschoben. Die Sitzung selbst füllte fast ausschließlich Genosse Adolf Hoffmann aus, der in mehr als zweistündiger Rede die zum Kultusetat gestellten sozialdemokratischen Anträge begründete und sich in Betrachtungen allgemeiner Art über das Verhältnis der Kirche zum Staat und zur Schule erging. Es war selbstverständlich, daß er aus, wie Einwirkungen des Krieges auf die Religion in den Kreis seiner Erörterungen zog. Dem Herrn auf der Rechten und in der Mitte war dabei nicht sonderlich wohl zu Mut. Zuerst suchten sie unseren Redner durch mehr oder minder geschmackvolle Zurufe aus dem Konzept zu bringen. Als sie das Nutzlose dieser Taktik eingesehen hatten, schlugen sie den umgekehrten Weg ein, sie verließen demonstrativ den Saal. Nur einige „Streitposten“ blieben zurück. Ruffte Hoffmann nun auch vor leeren Bänken sprechen, so tat das doch der Wucht seiner Argumente keinen Abbruch, er ließ sich weder durch das Gebaren der konservativ-kirchlichen Mehrheit noch durch den Ordnungs-

Danzigs städtische Bühne

Wenn wir die Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung vom 14. März über die Neuregelung unserer Theaterverhältnisse zusammenfassend beurteilen wollten, so müßten wir sie ohne Ueberhebung und unbeschadet der wohlverdienten Anerkennung für andere Freunde der Kunst als Tag der Volkswacht bezeichnen. Zum ersten Male trat die sozialdemokratische Volkswacht an diesem Tage offiziell in das rote Haus Danzigs. Vor allen Stadtverordneten lag sie und fand außerordentliche Beachtung. Es war, wir sagen es ohne Ruhmredigkeit, allein schon ein geistiger Sieg der Kulturpartei über die Arbeiter, daß ihre Zeitung allen anderen Danziger Blättern das Banner der Reinheit der Kunst vorantrug und unter ihm in symbolischer Vorbedeutung das Rathaus betrat. Unser Artikel Videant consules ist nach dem Urteil aller Kenner nach Form, Inhalt und sachlichem Gehalt eine glänzende Leistung. Sein Verfasser, ein Sohn der Danziger Volksschule, hat ein Meisterwerk geschaffen. Unter dem staßfähreren lateinischen Pflichtenforbilden wir: Die Kunst dem Volk, der Kunst und den Künstlern ihr Recht und der Künstlerin die Strahlenkrone freier Weiblichkeit! Wir erzielten von vornherein einen vollen Erfolg und zwei angenehme Ueber- raschungen. Der Erfolg: der Theaterleiter, den wir hauptsächlich meinten, sah sich gezwungen, noch vor der Verhandlung seine Bewerbung freiwillig unwiderrüchlich zurückzuziehen! Die Ueberraschungen, die für uns eigentlich keine waren: der Magistrat erklärte sich in letzter Stunde, entgegen seinem bisherigen Standpunkt damit einverstanden, daß eine aus Stadtverordneten bestehende Kommission bei der Theaterleitung mitwirke! Dann konnte auch glänzend der Nachweis geführt werden, daß die Umstände, die bisher der Eignung des nun doch gewählten Direktors entgegenbestellt wurden, völlig unbegründet waren.

Wir müssen es auch der von uns häufig genug bekämpften Stadtverordnetenversammlung — und auch dem Magistrat — lassen, daß sie den richtigen Ton für die Lösung der bedeutenden Aufgabe zu finden wußten. Besondere Anerkennung forderten die einleitenden Ausführungen des Stadtverordneten Kawalki. Trotz allem, was uns von ihm trennt, wollen wir ihm gern unsern Dank für die Unverdorbenheit, mit der er seit Jahren die Besserung unserer Theaterverhältnisse erstrebte. Ist das Theater jetzt wenigstens teilweise das Haus der städtischen Gemeinschaft geworden, so gebührt Herrn Kawalki dafür der Dank. Er kann den zustimmenden Beifall mit Fug und Recht als persönliche Ehreung würdigen. Möge ihm bald die Freude werden, das eigene Theater des Danziger Volkes begrüßen zu dürfen.

Das Königliche Schauspielhaus ist auf zehn Jahre von der Regierung an die Stadt verpachtet. Der Vertrag ist jedoch in keiner Weise besser als der bisher mit dem privaten Pächter, Direktor Grünher, abgeschlossene. Sogar der Freiplatz für den Kassierer der Regierung, der die 10 000 Mark Jahrespacht entgegennimmt, mußte gewährt werden. Außerdem noch eine Anzahl von Freiplätzen, insgesamt neun, deren Einräumung heute nur noch schwer verstanden werden kann. Sogar die Vorschrift ist enthalten, daß die weiblichen Kostüme nur nach den Beschläffen des Bühnenerens von 1903 zu liefern sind. Dieser Direktorenverein hat so in der Zeit des heftigsten Kampfes gegen die Künstler-Organisation, die Bühnengenossenschaft, gegen deren viel weitergehende Vorschläge beschlossen.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde zuerst über die Weiterverpachtung des Theaters öffentlich verhandelt. Die

Wahl des neuen Direktors sollte geheim erfolgen. Als erster Redner sprach Stadtver. Kawalki. Er hätte nur die Notwendigkeit des Eigenbetriebes und der Verbesserung des Betriebes im Interesse der Nachbarschaft etwas stärker betonen sollen. Sonst schiederte er, nachdem er bedauert hatte, daß für diese wichtige Frage kein Berichterstatter bestellt worden war, den bisherigen sehr abwechslungsreichen Verlauf des Theaterschicksals in der Kommission. Vom Regiebetriebe sei zunächst der vielen Sorgen wegen abgesehen. Deshalb habe man sich mit dem Mittelwege zufrieden gegeben. Die Zahl der Bewerber für den Direktorposten sei sehr groß gewesen. Man habe sich auf praktisch tätig gewesene Direktoren beschränkt. Die in Frage kommenden Herren hätten das alte Theatergebäude wohl für mangelhaft erklärt, aber das Spielen für möglich gehalten. Nur einer habe einen Umbau für eine Viertelmillion Mark gefordert und dazu gefordert, daß 1916 nicht gespielt werde. Später stellte sich heraus, daß er selbst noch bis 1917 vertraglich gebunden war. Seine seltsame Anschauung fand aber die Mehrheit der Kommission. In der folgenden Sitzung war der Oberbürgermeister anwesend und nun änderte sich die Ansicht. Auch das baufachverständige Mitglied — wohl Stadtverordneter Schade —, das vordem so gut wie einen Neubau forderte, wurde anderer Meinung, der mißsichernde Herr sei inzwischen durch seinen Rücktritt erledigt. Dann ging eine Kommission zur Prüfung der Bewerber nach auswärts auf Reisen. Gegenüber dem jetzt nur noch allein in Frage kommenden Herrn sei ihr aber ein erheblicher Irrtum unterlaufen, den er — Redner — noch glücklich aufklären könnte. Der Vertrag sei ohne Erörterung über den kommenden Direktor nicht zu übersehen. Deshalb beantrage er, über beide Gegenstände in der geheimen Sitzung zu beschließen. Zunächst wollte der Magistrat die Stadtverordneten bei der Verwaltung des Theaters nicht mitwirken lassen. Diese Ansicht habe er noch im letzten Augenblick geändert. Das Theater sei nicht nur der Begüterten, sondern auch der Arbeiter wegen da. Deshalb müßten auch die Stadtverordneten als Vertreter der Bürgerschaft mitwirken. Große Mangelhaftigkeit sei gegenüber den 50 000 Mark, die die Stadt jetzt jährlich für das Theater aufwenden müsse, nicht am Platz. Auch für Bildung und Erziehung müsse die Stadt sorgen. Wie für die Schule, so auch für die Bühne, die vielen Leuten wahre Erbauung bringe. 20 Jahre lang habe die Stadt nichts, im Gegensatz zu andern Städten, für das Theater getan. Wie wolle man die Arbeiter aus Kneipen und Kintoppen holen, wenn nicht durch ein gutes Theater. Später beantragte Kawalki, den Theaterausschuß neu aus besonders geeigneten Männern zu wählen. Der bisherige sei eigentlich nur als Finanzkommission nach ganz anderen Gesichtspunkten zusammengesetzt worden. Vorsteher Keruth entschuldigte die Nichtbestellung eines Berichterstatters und erteilte R. das Lob, daß er viel besser als ein solcher gesprochen habe. Stadtverordneter Ehm hatte Befürchtungen finanzieller Art. Vielleicht stimmt er deshalb das nächste Mal aus seiner Liebe zur Kunst für die Wertzuwachssteuer. Bürgermeister Dr. Bail erklärte, daß der Vertrag durchaus nicht mit jedem Wort festgelegt werden solle. Änderungen sollten durchaus noch zulässig sein. Von der eigenen Regie habe vorläufig abgesehen werden müssen. Die Kosten für den Fundus müßten mit sechs Prozent verzinst werden, brächten der Stadt also keinen Verlust. Die 50 000 Mark seien gegenüber dem Wert einer guten Bühne und den Leistungen anderer Städte nicht große Ausgaben. Stadtverordneter Nitz hätte unbedingt den städtischen Regiebetrieb gewünscht. Dem Bildungsbedürfnis des

Volkes werde durch die vorgesehenen sechs Volksvorstellungen nicht genügt; es müßten 18 sein. Das Eintrittsgeld müsse für sie noch ermäßigt werden. Die Schauspieler seien durch den Fortfall des Benefizes benachteiligt. Auch fehle eine Feuerwache im Hause! Im Vertrage müsse auch die soziale Seite des Künstlerberufes mehr berücksichtigt werden. Er hoffe, daß dieses nach der Erklärung des Bürgermeisters über die Änderungen des Vertrages noch erfolgen werde. Werde die Jugend genügend mit dem Theater bekannt gemacht, sodann werde nicht mehr ein Teil der Arbeiter solche Ausgaben ablehnen. Er beantrage die nochmalige Beratung in einer erweiterten Kommission. Oberbürgermeister Scholz wendete sich gegen diesen Antrag und erklärte, die Aeußerung des Bürgermeisters sei nicht so aufzufassen, als ob der ganze Vertrag neu gefaßt werden solle. Darin seien auch die Rechte der Schauspieler berücksichtigt. Benefize seien unmöglich und deshalb als sozialer Rückschritt fortgefallen. 18 Volksvorstellungen seien vorgesehen. Stärkere Belastungen könne man dem Direktor, dessen Lage nicht rosig sei, nicht auferlegen. v. Brzezinski wünschte den Fortfall der Vorverkaufsgeldgebühr. 18 000 Mark seien für den Direktor als Gehalt zu hoch, 12 000 Mark würden durchaus genügen. Professor Simon betonte gegen Ehm, daß man sich von vornherein darüber hätte klar sein müssen, daß ein gutes Theater auch Geld kosten werde. Der Wert der Bildung, des geistigen Brotes, werde auch von der Militärverwaltung anerkannt. Das Idealere scheine ihm der Eigenbetrieb der Stadt, deshalb wünsche er die Gründe für seine Ablehnung zu hören. Die Ausschaltung der Stadtverordneten-Versammlung bei der Verwaltung des Theaters könne er nicht billigen. Stadtverordneter-Vorsteher Keruth schlug vor, da der Magistrat es nicht klar genug getan habe, den neuen Ausschuß ausdrücklich als Verwaltungsausschuß zu bezeichnen. Der Oberbürgermeister war damit einverstanden. Stadtverordneter Nitz erklärte, daß der Oberbürgermeister sich mit der Behauptung der 18 Volksvorstellungen geirrt habe. Hierbei seien auch schon die Schülerdarstellungen berücksichtigt. Er könne nicht glauben, daß der Magistrat die Wünsche der Schauspieler sehr berücksichtigen werde, habe er ihnen doch sogar vorgeschrieben, daß sie unbedingt in Danzig wohnen müßten. Das sei schon wegen der Wohnungsnot hart. (Was soll denn der Schauspieler tun, der sich in Zoppot, Oliva oder Gletkau usw. erholen will? Red. Volkswacht.) Auch die Bildungsorganisationen der Arbeiterschaft dürften nicht vom Theater ferngehalten werden. Der Oberbürgermeister wendete sich auch gegen den von Herrn Kawalki gewünschten neuen Ausschuß. Stadtverordneter Brunzen trat warm für die Bewilligung ein. Auch er möchte noch über vieles in dem Vertrage sprechen. Aber nicht öffentlich, weil es nicht gut sei, daß so der andere Vertragsteil alles erfahre. Das Geld werde fruchtbringend angelegt. Der neue Direktor erhalte die 18 000 Mark nicht im Sinne eines festen Gehalts. Sie würden zwar monatlich gezahlt, aber von der Kautionsabgezogen, wenn der Gewinn niedriger sei. Die Kasse halte jetzt der Magistrat fest in der Hand. Die Künstler, deren Existenz bisher nicht gesichert war, müßten anständig bezahlt werden. Jetzt werde jeder Bürger gern in das Theater gehen, weil es ein Stück seines Eigentums sei. Bürgermeister Bail erklärte noch, daß die Stadt die eigene Regie nicht grundsätzlich ablehne, sondern erst Erfahrungen sammeln wolle. Auch sei sie ja nicht Eigentümerin des Gebäudes. Die

Wie das Volk dichtet und wie Literaten belfern

Mannigfaltig ist das Soldatenleben. Viele erleben darin mit hinreißender Gewalt, und es strömt aus ihnen die Gabe, den großen Eindruck künstlerisch zu formen. Ein junger Rekrut, im bürgerlichen Beruf Bauer in Ostpreußen, der den bekannten Durchbruch der Division Lihmann mitgemacht hat, ist der Verfasser des nachfolgenden, in der Rheinischen Zeitung erschienenen Gedichts, das sich durch Wucht und Kraft auszeichnet und, auch in der Hinneigung zum Führer, jenen echten Soldatenton lebendig macht, den die poetischen Strömungen in diesen Kriegszeitern so selten besitzen:

Der Durchbruch der 3. Gardedivision.

Der Hindenburg sprach, der Feldmarschall:
„Ich brauch' einen Mann von Feuer,
Und brauch' eine Truppe von reißendem Schwall'
Für ein glorreiches Abenteuer.“
General Lihmann rief: „Hier ist er schon,
Und die Truppe vergeht vor Verlangen;
Denn mit der dritten Gardedivision
Läßt sich der Teufel fangen!“

Aufgebäumt sein Pferd, und die Jagd fing
Auf Kosaken, Kalmücken, Tataren;
Doch als er den Kessel zu schließern begann
Spie Marchau verdoppelte Scharen.
Der General verhielt sein Pferd:
„Nun, Pastor, hilf der Gemeinde!“
Die ganze Gardedivision macht kehrt,
Über kehrt — in die neuen Feinde!

Die Pferde zurück! „Ich gehe zu Fuß.“
Seht, wie der Heerwurm sich ringelt,
Schon landete die Sonne den Abschiedsgruß.
Da war die Garde umzingelt.
„Befehl vom Marschall!“ Es jagt in den Kreis
Ein Reiter mit blutigen Sporen.
„Durchbrechen!“ ruft er, „Um jeden Preis,
Oder das Korps ist verloren!“

Der Lihmann rief sich die Mühe vom Haupt,
Seine Stirne ließ sich färben;
Das wird ein Fest, das kein Teufel uns raubt:
Ein Sieg wird's oder ein Sterben.

„Ich bin für Sieg!“ Sie wußten nicht wie,
Und wußten nicht was und weswegen,
Da stürmte die preussische Garde wie nie,
Nie stürmte sie so verwegen!

Hinein in die Nacht, wo der Russe stand,
In Wäldern und Dörfern und Städten,
Und was sich nicht auf dem Wege befand,
Das holten wir aus den Betten.

Ein Bahndamm besteht! „Moniere vor!“
Die sollen den Tag nicht loben,
Die Mühe lag auf dem linken Ohr:
Als erster war Lihmann oben.

Als letzter zog er ins Nachtquartier.
Nun ruht euch, ihr Brüder und Gelben!
„Vollstündlich, die Lihmannsche Garde ist hier,
Herr Marschall, gehorcht dem Befehl!“
12 000 Gefangene, Geschütz und Beritt,
Wir machen nicht nach der Elle.
Ein käuflich Gedräng, jeder Ruff wollte mit,
Herr Marschall, gehorcht dem Befehl!“
Das waren wir, und lümmelten noch fort,
Und zichen von Westen und Osten nach Nord!

J. Haus, Gardesoldat.

Verfaßt Januar 1915 im Lazarett...

Die Verse zählen zu den besten, die der Krieg hervorbrachte. Ihre Kraft wird jeden packen, der sie liest. Wie anders dagegen ist, was uns Leute vorlesen, die den Krieg nur aus den Berichten ihres Heißblattes kennen! Da hat z. B. ein gewisser Mag Freundmann im Verlag von Fraenkel u. Strohm, ein kleines Heftchen herausgegeben: Deutsche Drecksche, mit dem Untertitel: „Neue Lieder und alte Weisen“. Die neuen Lieder aus Erzeugnissen der Werkstatt Mag Freundmanns sind etwa folgender Art:

Die drei Hunde.

Melodie: Es gingen drei Jäger wohl auf die Pirsch.

Es liefen drei fremde Hunde herbei,
Sie wollten erjagen den deutschen Leu.
Der russische Bluthund, er heulte auf Nord;
„Ich spring an die Gurgel dem Löwen sofort!“
Der französische Windhund, er kläffte zugleich:
„Von rückwärts heran ich laufe mich schleich!“
Der englische Bulldogg zu belien begann:
„Ich soll' ihm in die Flanke sodann!“
Da regte der deutsche Leu sich im Busch,
Es rissen die Hunde schnell aus, hufsch,
Hufsch, hufsch, hufsch, hufsch! Hurra! —

Melodie: Deutschland, Deutschland über alles!

Deutschlands Größe voller Hohell!
Frankreichs Groß und Englands Reich!
Ruhlands Schmutz und Belgiens Koch!
Welche Hinterlistigkeit!
Japans Schiffe, Serbiens Diebe,
Alle geben Zerfengel!
Deutsche Drecksche, deutsche Hiebe
Fürchtet jeder in der Welt!

Die Zeichnung auf dem Umschlag: In der Mitte drei deutsche Soldaten. Ein Infanterist rennt einem Franzosen das Bajonett durch den Leib, das es hinten herausbringt; ein Ulan schießt einen Kosaken vom Pferde und ein Matrose verjagt einem zähneklammernden Engländer einen derben Fußtritt. Dazu jeweils als erläuternder Text: „Jeder Stoß ein Franzos!“ „Jeder Schuß ein Russ!“ „Jeder Tritt ein Brit!“ In Schleifenform schlingt sich dazwischen die Aufschrift „Deutsche Drecksche“; in roter Farbe, damit aus schwarzem Bilddruck, weißem Umschlag und rotem Titel die deutschen Landesfarben entstünden!

So äußert sich der Seelenausschlag bei Herrn Mag Freundmann. Dieser Mann ist durchaus nicht der einzige seines Schlages, wie ein Blick in die Presse jeden Tag lehrt. Leider beweisen die meisten Zeitungen in der Ablehnung des literarischen Schundes nicht die Festigkeit, die man erwarten und fordern muß.

Ein Kampf in den Lüften*)

„Schauen Sie dort,“ sagte der Major.
Hoch am Himmel sind eine Anzahl kleiner weißer Wolkentrüffel zu sehen. Undauernd werden es mehr. Es ist, als ob sie aus der Luft quellen, als ob sie aus dem blauen Himmel explodieren.

Man sieht in der Tat weit weg in der Unendlichkeit einer kleinen Strich. Er schwebt auf und ab und hin und her, spielt mit der Gefahr, schieß nur, triff mich aber gut, hier bin ich...

Der deutsche Arm ist mächtig, aber so weit reicht er nicht mit seinem Stachelbraut und mit allen seinen Systemen. Hier ist die Unendlichkeit... Schießt nur...

Nun kommt er näher, so daß seine Flügel goldig in der Sonne schimmern. Die explodierenden Granatgeschosse folgen ihm. In der Ferne hinter dem Wald, wo die Deutschen stehen, donnert es in einer furchtbaren Kakerei.

„Schauen Sie dort hinten,“ sagt der Major wieder.
Und hoch über dem Wald nähert sich ein dunkler Strich, ruhig wie ein segelnder Adler.

„Das ist ein Deutscher,“ sagt der Major.
Rings um uns haben es die Soldaten mit ihrer Arbeit sehr eilig; sie graben, egerzieren und versorgen die Pferde

*) Die Schilderung stammt von dem norwegischen Schriftsteller Johann Bojer, der an der französischen Champagnefront weilte

Schauspieler müssten vertraglich so gestellt werden, wie es eines erstklassigen Theaters würdig ist.

In der Abstimmung wurde die von Kawalki gewünschte Fortsetzung der Beratung in geheimer Sitzung abgelehnt. Sein weiterer Antrag, der neuen Zusammensetzung des Theatersausschusses, jedoch an g e n o m m e n. Die Magistratsvorlage wurde fast einstimmig angenommen.

In geheimer Sitzung wurde dann Direktor Rudolf Schöper aus Kostock mit großer Mehrheit als Direktor gewählt. Er ist 48 Jahre alt und gilt als bedeutender Künstler. Er war zunächst Goldarbeiter. Sein Vater war Landschaftsmaler; sein Onkel ist der bekannte Bildhauer Professor Dr. Fritz Schöper. Er entstammt somit einer Künstlerfamilie. Auch die Arbeiterpresse hat ihn in seinem bisherigen Wirkungskreis geschätzt. Wir haben gegen niemand Verantwortung zur Gewährung von Vorzuschlägen. Von dem neuen Manne erhoffen wir nicht nur die Hebung des Stadttheaters zum wirklichen Kunstinstitut, sondern auch die ernste Berücksichtigung der Wünsche und Rechte der Schauspieler als der Träger seines Wirkens.

Wenn auch uns die Lösung der Theaterfrage nicht voll befriedigt, so erklären wir doch gern, daß sie als erster Schritt eines der wenigen Ruhmesblätter in der neueren Geschichte des Norddeutschen Bundeis ist. Mögen ihm besonders auf sozialem Gebiet noch viele angereicht werden.

Die Kunst dem Volke

„Die Schaubühne ist die Stiftung, wo sich Vergnügen mit Unterricht, Ruhe mit Anstrengung, Kurzweil mit Bildung gettet. Wenn Gram an dem Herzen nagt, wenn trübe Laune unsere einsamen Stunden vergiftet, wenn uns Welt und Geschäfte ankleben, wenn tausend Lasten unsere Seele drücken, unsere Reizbarkeit unter Arbeiten des Berufs zu erlösen droht, so empfängt uns die Bühne. — In dieser künstlichen Welt träumen wir die wirkliche hinweg, wir werden uns selbst wiedergegeben, unsere Empfindung erwacht, heilsame Leidenschaften erschüttern unsere schlummernde Natur und treiben das Blut in frischeren Wallungen.“

Friedrich Schiller.

Das Theater ist einer der wichtigsten Faktoren für die Kulturentwicklung des Volkes. Mehr als Schule und Universität, die die besondere Aufgabe haben, das heranwachsende Geschlecht zu bilden, dient es der Erhaltung und Pflege der höchsten Güter. Die hohe Mission des Theaters besteht darin, eine öffentliche Bildungs- und Erhebungsstätte für die Masse des Volkes zu sein.

Bis auf wenige Ausnahmen dient jetzt aber das Theater den Interessen der bemittelten Kreise, die sich nicht nur ihren Einfluß auf das Volk, sondern auch die angenehmen Nähe an der für sie reichlich gedeckten Tafel der Kunst sichern. Zu unseren vornehmsten Aufgaben muß es daher gehören, die Bühne den kulturellbedürftigen Volksschichten zugänglich zu machen, den Bildungsdrang der breiten Schichten zu unterstützen und, wo er noch schlummert, ihn zu wecken. Unsere Aufgabe muß es sein, aus dem Theater, gleich seinen großen griechischen Vorbildern, eine Volksbildungsstätte zu schaffen.

Von seinem Bildungswert und seiner Notwendigkeit für die weniger bemittelten Volksschichten durchdrungen, haben sich in einer Anzahl von Städten schon längst Angehörige der verschiedensten Schichten und Berufe, deren Einkünfte den häufigeren Besuch guter theatralischer Darbietungen wirklich wertvollen Gehalts auf einem dem Nutzen entsprechenden Maße nicht ermöglichen, unbestimmt um politische und religiöse Meinungen, vereint und durch Gründung von Volksbühnen dem Kunstbedürfnis Rechnung getragen.

Diese mit dem Herabwärt des Volkes durchdrungenen Volksbühnen sind sich ihrer hohen Bildungsmission bewußt und

Aber nun wird es still. Alle wenden den Kopf nach dem Himmel und starrten empor. Aus den französischen Batterien brach ein Geschrei und Gedonner los, und nun begannen auch die deutschen Flieger die kleinen weißen Borkentäuel zu umgeben.

Die beiden Menschenwölfe haben sich gesichtet. Der leichere fliehet über uns taumelt hin und her und tut anfänglich, als ob der andere ihn gar nichts angehe. Der Schwarze jagelt indes ruhig näher heran. Nun dreht der Falke seinen Schnabel gegen ihn, und die beiden Raubvögel stürzen aufeinander los.

Was wird nun geschehen? Hier unter dem sonnig warmen Himmel ist man wie ein anderes Wesen. Man will ein wenig klotzieren, sei es auch nur dem Feinde. Man beginnt damit einander zu zeigen, wer man ist. Was kann er und was kann ich? Schau... Und der Falke purzelt, als ob das Ganze nur ein Spiel für ihn sei und als ob er nunmehr nicht vom Sonnenlicht und sommerlichen Himmel. Der Adler aber das Spiel in seiner Art nach. Der eine verfolgt den andern, wie junge Hühner. Die vorderen Heber sind, weil sie den unendlichen Raum beherrschen. Jetzt auf gleicher Höhe, können sie landen, als ob sie ihre Kräfte messen wollten, und plötzlich stoßen sie aufeinander los.

„Karrat!“ ruft er in der Höhe; es sind die Weibchen geworden. „Reizt wird wohl bald einer fallen.“

Aber nein, die beiden steigen höher und höher, einer vor dem andern. Wieder hören die Gewehre, nun flüchtet der eine, der andere verfolgt. Nach höher. Da oben ist keine andere Bedingung als der Abstand, keine andere Notwendigkeit als die Schwere. Nun verhalten sie im Stauen, der flüchtige Himmel verhängt sie. Zwei Armeen haben hier unter auf der Erde und können zu.

Da tritt ein dunkler Punkt aus dem Himmelsgewand nach unten, er hebt einen Zugerblick, als ob ein furchendes Traubel. Vollkommen wieder ein wenig Herrschaft über sich selbst, schwanzlos wie manchen, als ob er in Gefahr ist, kommt von der Erde anzufliegen zu sein. Die drei Ständer stoßen er um sich nach einer Größe. Es ist als ob er um Hilfe rufe.

Ah, ich habe so oft einen verwundern Vogel in der Luft gesehen, aber das ist ein ungeheurer Königsvogel. Nun fliehet er, taumelt hilflos dahinter, hinter dem Himmel Baldes, und wieder.

Das ist der unerste, sagt der Adler. Und der größte Vogel, kommt herunter heron und fliehet in müder Müde über die fruchtige Höhe heron... .

erfüllen sie mit heiligem Pflichtgefühl. Sie sind Hüter des heiligen Herbes deutscher Kunst und Literatur, echter deutscher Volksbildung, geworden. Sie sind die einzigen Kunststätten, wo für geringes Entgelt die Schaffenden der Hand und des Kopfes nach des Tages Last und Mühe geistige Erholung finden, wo sie neuen Mut, neue Kraft für das ernste Ringen im Alltagsleben aus dem reichen Borne deutscher Dichter und Denker schöpfen. Hier dient die Kunst dem Volke. Am vollkommensten zeugt dafür der prächtige Monumentalbau der Volksbühne in Berlin, den die eigene Kraft der freien Kunstgenossenschaft erstehen ließ.

Und daß sie Allgemeingut werde, sei nicht nur unser Wunsch, sondern ein bestimmtes Ziel, nach dem alle dafür interessierten Kreise des Volkes rüstig und unentwegt streben müssen. Dieses hehre Ziel liegt in greifbarer Nähe, ist leicht erreichbar, wenn die nach Bildung dürftenden Volksschichten der Kunst die Hände reichen und sich in einer Vereinigung zur Gründung einer örtlichen Volksbühne zusammenschließen. Klein wäre das Opfer, das jeder Vereinsangehörige zu bringen hätte, groß der Erfolg, der den regelmäßigen Besuch guter Theateraufführungen gediegener Werke gegen mäßiges Entgelt ermöglichte. Nicht in der Darbietung sogenannter Sonntagsnachmittags-Vorstellungen erblicken wir das Ziel und Heil, sondern in künstlerisch abgerundeten Abendaufführungen. Auch die getungene Nachmittags-Vorstellung ist nur Notbehelf, darf hier nicht in Frage kommen. Jede Nachmittags-Vorstellung entbehrt des erzieherischen Wertes, verliert den nachhaltigen Eindruck der Aufführung durch den folgenden Sonntagsabend, der durch irgend welche Zerstreungen und Unterhaltungen in der Familie und Lokalen ausgefüllt werden muß.

Dem Volke muß aber das Beste auf zweckmäßigste Art geboten werden. Was anderwärts möglich, ist auch in Danzig zu erreichen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Und dieser Weg liegt vor uns, er muß beschritten werden, denn er führt zum Ziele: der Danziger Volksbühne!

Damit erobern wir eine Bildungsstätte, die uns nothut, wie ein Bissen Brot, eine Bildungsstätte, die wir unsern für das Vaterland und seine Kultur kämpfenden Brüdern schuldig sind. Nach der Rückkehr aus den Nerven und Gemüt gerüttelten Kämpfen müssen sie in erster Linie eine würdige Stätte finden, in der sie Geist und Herz für die Friedensarbeit stärken können.

Freimut Spektor.

Zusammenfassung der Redaktion: Wir bringen diese dankenswerten Ausführungen unseres sachverständigen Mitarbeiters zunächst aus dem Grunde, weil sie wertvolle Fingerzeige für die Ausgestaltung des am 16. Mai in die Verwaltung der Stadt übergehenden Stadttheaters geben. Ein unübelst von der Danziger Zeitung veröffentlichter Artikel wolle unter Berufung auf Schiller das Theater vorwiegend als Stütze der Religion und Geselligkeit empfehlen. Soll hier schon der Zweckmäßigkeit Raum gegeben werden, so darf es allein im Sinne der Darlegungen Freimut Spektor's gesehen, der unsaffenden künstlerischen Durchbildung des Volkes ohne jede wahrer Kunst fremde Mißanwendung.

Dem speziellen Vorschlag F. Sp., die Gründung einer eigenen Danziger Volksbühne, wünschen auch wir jede Förderung. Er ist nicht allein aus Rücksicht auf das Operettenende des hiesigen Theaters zu empfehlen.

Danziger Nachrichten

Ansammlungen in der Altstadt

standen in dieser Woche in einem Umfange statt, der erstaunlich war. Sie begannen am 13. März, abends gegen 7 Uhr auf dem Altstädtischen Graben vor dem Geschäft des Bäckermeisters Reichien und endeten erst gegen 11 Uhr. Die Polizei war nicht in der Lage, die Zusammengekommenen zu zerstreuen. Am 14. März stürzten die Massen in derselben Gegend schon am frühen Vormittag zusammen. Gegen mittig wurde der Umfang härter. Am Abend wimmelte der Altstädtische Graben und auch der Dominikanerplatz von Menschen, unter denen sich vorwiegend Frauen und viele Soldaten befanden. Unter den Gerüchten, die über die Ursache verbreitet wurden, erhielt sich die Behauptung, daß einem Soldaten bei Reaktionen ein Brot verweigert worden sei, weil er nicht die erforderlichen Brotmarken voll vorlegen konnte. Er sei mit dem Brot fortgegangen und deshalb von Schutzleuten verfolgt worden, die ihn so schwer verwundet hätten, daß er gestorben sei. Auch ein Marode sollte dabei von Polizeibeamten schwer verletzt worden sein. Alle gegenseitigen Darstellungen der Schützlinge fanden keinen Glauben und sehr bittere Urteile über Magistrate und Polizei wurden ausgesprochen. Am 14. März mittags wurde das Schauspiel der Bäderzeit gerättert.

Trotz aller Bemühungen haben wir einen Zeugen für den behaupteten Zusammenstoß zwischen der Polizei und dem Soldaten nicht ermitteln können. Wir stellen mit besonderer Genugthuung fest, daß Herrschaft Barzel bei seinen Ermittlungen bei der Menge solches Vertrauen fand. Alle Personen, die sich als Augenzeugen bezeichnen hatten, wußten bei der näheren Befragung nichts. Sie hatten nur geglaubt, was sie von anderer Seite gehört hatten.

Zur die Anfrage wegen des Sachverhalts erhielten wir von der Kommandantur folgende Auskunft:

„Ein bis zur eadgütigen Entlassung benachteiligter Landsturmann wollte sich in einem Laden am Fischmarkt ein Paar Handschuhe kaufen. Da er wegen des Breites mit der Verkäuferin in Auseinandersetzungen kam und sich zu Forderungen hinziehen ließ, wurde die Hilfe eines Schutzmannes in Anspruch genommen. Da keine Zustimmung widerrechtlich ist, hierdurch entstand ein großer Tumult im Altstädtischen Graben, welcher zu dem unglücklichen Gerücht Anlaß gab, daß einigen Soldaten in einem Brotladen die Abgabe von Brot verweigert worden sei.“

Es hat sich hiernach um unbegründete Gerüchte gehandelt, die irrtümlich entstanden sind. Um so ernster ist die Frage, wie sie entstehen und einer so großen Umfang annehmen konnten.

In der Hauptsache ist zu wünschen, daß die von uns häufig genug besprochenen Mißstände in der Danziger Lebensmittelversorgung und Kriegsvorsorge (Steuer) und gründlich abgestellt werden. Damit entfällt der Hauptgrund für solche Vorkommnisse. An das Publikum richten wir die dringende und wohneinende Mahnung, sich stets der vom Belagerungszustand drohenden Gefahren bewußt zu sein. Sehr schwere Bestrafungen bedrohen schon die bloße Beteiligung an solchen Ansammlungen. Vermeintliche oder bestehende Mißstände müssen durch die Arbeiterpresse, die politische und gewerkschaftliche Organisation behoben werden. Andere Wege führen nicht zum Erfolge. Mögen also unsere Genossen in diesem Sinne aufklärend wirken!

Bestrafung der Musik?

Ur-Offenbarung nenn' ich Musik.
In keiner der Künste
Erhöht der verschlossene Mensch
Alles kristallen heraus...

Es muß schon ein Mensch mit ganz stumpfem Empfinden sein, der diesem Urteil Gottfried Kinkels widersprechen wollte. Der edelsten der Künste sind wohl alle Herzen geöffnet. Sie erfreut und tröstet wie keine andere. Der Danziger Magistrat ging aber weiter auf die Steuerfrage und erdachte, daß es sehr vermögenslich sei, wenn jemand ein Musikinstrument, gar ein Klavier oder einen Flügel, besitzt. Deshalb will er sie besteuern, das Pianino mit jährlich 12 Mark und den Flügel mit 20 Mark. Dadurch will er neben den schon beschlossenen Kriegssteuern die Möglichkeit erhalten, die Zuschläge zur Einkommensteuer nicht mehr als 20 Prozent zu erhöhen.

Wir lehnen diesen Weg entschieden ab. Der Magistrat und die Stadtverordneten, die eben in richtiger Einschätzung der Bedeutung und Wirkung der Kunst mit Recht hohe Ausgaben für das Theater bewilligten, dürfen nicht den Eindruck erwecken, daß sie die Unkosten von den Musikfreunden decken wollen. Wer ein Klavier besitzt, wird häufig ein Schönegeist, aber noch lange nicht begütert sein. Die Musik wird manche Verlassene über schmerzliche Kriegswunden trösten, manches feilsche Zusammenbrechen verhüten müssen. Und dafür soll nun Steuer bezahlt werden müssen?! Dieser Gedanke wirkt erschreckend, noch dazu, wenn man sich vorstellt, daß die kunstsygnigen zugunsten der Bodenspekulanten belastet werden sollen, deren Besteuerung bekanntlich leider abgelehnt ist. Diese Steuermethode ist nicht ehrenvoll. Durch die künstliche Wiederholung des Zuschlages zur Einkommensteuer täuscht man doch niemand. Gerechtfertigt und würdig ist einzig die Erhöhung des Zuschlages unter Freilassung der Einkommen bis mindestens 900 Mark. Darum fort mit dem Scheusal der steuerlichen Bestrafung der Freude an der Musik.

Lohnverhandlungen im Baugewerbe.

Mit diesem Thema beschäftigte sich am 15. März im Bürgergarten eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hat bei den durch Vermittlung des Reichsamts des Innern im Februar in Berlin stattgefundenen Verhandlungen keine Erhöhung der Tariflöhne, sondern nur geringe Teuerungszulagen zugestanden.

In Tariforten bis zu 5000 Einwohnern pro Stunde 4 Pfennig, in allen übrigen Tarifgebieten mit neunstündiger Sommerarbeitszeit 6 Pfennig, mit längerer Sommerarbeitszeit 5 Pfennig pro Stunde.

Alle Bemühungen höhere Teuerungszulagen zu erwirken blieben erfolglos. Der Westpreussische Landesverband der Arbeitgeber hat in seiner am 12. März in Danzig abgehaltenen Hauptversammlung beschlossen, nur diese geringen Teuerungszulagen vom 15. März zu zahlen. Höhere Zulagen würden das Baugewerbe in seiner Existenz gefährden. In der Versammlung wurde festgestellt, daß die Arbeitgeber gerade während des Krieges überaus hohe Verdienste erzielt haben. Von der Intendantur sind bis 100 Prozent an Zuschlägen über die normalen Preise bezahlt. Rohmaterialien und Arbeitslöhne sind nur mäßig gestiegen. Die Behauptung des Baugewerksmeisters Niechert, der nach den Danziger neuesten Nachrichten im Reichshof gesagt hat, „die im Baugewerbe noch verbliebenen Arbeiter könnten den Anforderungen nicht im entferntesten entsprechen“, wurde zurückgewiesen. Den Gegenbeweis erbrachte die Versammlung, kräftige, jüngere und ältere Männer, selbst. Einspruch wurde auch gegen Ausführungen des Zimmermeisters — ohne Baugeschäft — Emil Herzog, nach Vorsitzender der Handwerkskammer, der anfänglich des Bezirksrates der Westpreussischen Bauinnungen erklärte: „Man könne wohl sagen, daß der Arbeiter im allgemeinen durch den Krieg nicht zu leiden habe“, erhoben. Herzog ist den Maurern und Zimmerern und auch dem Reichsamt des Innern von früheren Lohnkämpfen wohlbekannt und hatten sie ihn nicht für berufen, über solche Dinge zu urteilen. Nach reger Debatte wurde folgende Entschliebung einstimmig angenommen:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von den am 11. und 12. Februar in Berlin stattgefundenen Lohnverhandlungen, sowie von der Sitzung des Landesverbandes der Arbeitgeber von Westpreußen, die sich mit der Verlängerung des Tarifvertrages beschäftigt hat. Die Verammelten bezeichnen die von den Unternehmern in Vorschlag gebrachte Teuerungszulage als viel zu geringfügig. Sie kann nicht im entferntesten als Ausgleich für den Mehraufwand gelten, den die Teuerung verursacht und ist durchaus nicht geeignet, friedliche Verhältnisse im Baugewerbe zu erhalten. Die Versammlung erwartet Angebote, die den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechen. Ferner erklären die Erschienenen, daß Sie jedem Versuch, der von Unternehmerseite zur Unterzeichnung einer Arbeitsordnung an sie herantreten sollte, unbedingt ablehnen.“

Sachverhalte.

In der am 14. März abgehaltenen Stadtvorordneten-Sitzung wünschte Dr. Lewin zutreffend eine würdigere Einrichtung der Stadtbücherei. Er bedauerte auch die Oberflächlichkeit vieler Berichterstatter, die selbst wichtige Haushaltspläne mit wenigen Worten erledigten. Früher sei man viel gründlicher verfahren. Stadtvorordnetenvorsteher Keruth wollte diese Kritik nicht gelten lassen und hielt es für zweckmäßig, daß die Berichterstatter Fragen usw. schriftlich erledigten. Natürlich leidet bei diesem Verfahren die Gründlichkeit zu sehr.

Der Haushaltsplan des Gaswerks wurde genehmigt. Stadtv. Nitz rügte mit Recht, daß bei der Einziehung der Gebühr für Automaten gas Säften vorkämen.

Den Feuerwehrmännern wurden auch für die Monate April bis Juni als Ersatz für entgangenen Nebenverdienst pro Mann monatlich 10 Mark bewilligt. Wir verstehen nicht, daß dieses kleinliche Verfahren alle Quartale wiederholt werden muß. Es ist sehr un schön, daß die braven Feuerwehrleute der Stadt die Kosten der Feuerwehr durch ihren Nebenverdienst verringern helfen müssen. Wie kann man sich noch über das Trübsalnehmen städtischer Angestellter entrüsten, wenn man sie auf diesem Wege geradezu dazu zwingt. Deshalb sollte endlich ganze Arbeit gemacht und der Lohn entsprechend, und zwar um mehr als 10 Mark, erhöht werden.

Die Zulagen an die Angestellten und Beamten mit nicht mehr als 3000 Mark Jahreseinkommen wurden ebenfalls auch für das zweite Quartal bewilligt. Die vielen Ungleichheiten und die erhebliche Benachteiligung der auf Privatdienstvertrag Angestellten wurden jedoch nicht beseitigt.

Die Wasserleitung in Schidlich soll bis Oberstraße 150 um weitere 125 Meter für 1780 Mark verlängert werden.

Dem neugewählten Stadtrat Dr. Hellwig wurde gleich die zweite Gehaltsstufe mit 6900 Mark jährlich bewilligt.

1700 Zentner Breillinge sind in den ersten acht Tagen nach Vornahme der Breilingsbeschlagnahme durch die Stadt verkauft worden. Ohne Verfügung des Generalkommandos wäre, ganz abgesehen von dem früher viel zu hohen Preise, sicher nicht ein Viertel der Fische auf den Danziger Markt gekommen. Diese Maßnahme der Behörden hat bei der Danziger Bevölkerung allgemeine Anerkennung gefunden.

Städtische Maßnahmen für die Volksernährung. Wie wir aus bester Quelle erfahren, wird im Laufe der nächsten Wochen die Fleischkarte ihren Einzug in Danzig halten. Die Vorarbeiten hierzu sind bereits im Gange. Ebenso beabsichtigt die Stadt Speiselokale für die arme Bevölkerung einzurichten. Allerdings wird es viel darauf ankommen, in welcher Art diese Maßnahme zur Durchführung gelangt. Die Danziger Zeitung nennt als Preis eines guten Mittagessens 70—80 Pfennige. Verheiratete Personen können das nicht bezahlen. Für Mann, Frau und 3 Kinder würde sich ein Mittagbrot auf 3,50 bis 4 Mark stellen. Viele tausend Arbeiterfamilien müssen indessen mit dieser Summe den ganzen Lebensunterhalt — Essen, Wohnung, Kleider und anderes — bestreiten. Jetzt wo die Stadt die Küchenfragen praktisch zu lösen versucht, wird sich erst zeigen, wie sehr die beweglichen Klagen der Hausfrauen berechtigt sind. Gemütnung kann man empfinden, daß bei den geplanten Speiseanstalten der Charakter der Wohltätigkeitsanstalten ausgespart werden soll.

Danzigs Armenpolitik

wurde, leider nicht mit der gebotenen Gründlichkeit, in der Stadtvorordnetenversammlung am 14. März besprochen. Alle Redner mißbilligten aber die von Stadtrat Dr. Ewert vertretene Richtung, der in Magistratsassessor Berent einen gleichgesinnten Nachfolger gefunden hat. Stadtv. v. Brzeziński bedauerte, daß bisher der Ausschuß dieser Verwaltung so gut wie gar nicht zusammengetreten sei. Stadtv. Nitz bemängelte, daß die Armenunterstützungen trotz der hohen Ernährungs-kosten wieder um 10 000 Mark herabgesetzt worden seien. Auch Dr. Thun, der das System Dr. Ewert immer ablehnte, wendete sich gegen diese Abstriche. Magistratsassessor Berent hielt sie aber für gerechtfertigt, weil manche Unterstützung durch die Gewährung der Kriegszugunterstützung fortgefallen sei. Er stellte in Aussicht, daß mit der gerügten Praxis gebrochen und das Armenamt wieder zusammenberufen werden soll.

Niest man den Bericht der Danziger Zeitung, so könnte man, im Gegensatz zu den Neuesten Nachrichten, glauben, daß die Verhandlung eine Art Ovation für Dr. Ewert gewesen ist. Dies ist nicht zutreffend. Solche Lobprüche hätte auch kaum ein Mensch in Danzig für angebracht halten können.

In die serbisch-albanischen Berge und an das Marmarameer führt ein Lichtbildervortrag, den Genosse Bartel am Nachmittag des 26. März im Steppuhnschen Lokale hält. Wir machen an dieser Stelle noch auf die Anzeige des Bildungsausschusses in der heutigen Nummer, die das Nähere über die Veranstaltung mitteilt, aufmerksam.

Die Preistreiberi in der Bekleidungsindustrie beginnt! In den Verfügungen über die Beschlagnahmen der Webstoffe ist eine Bestimmung enthalten, nach der die Verkäufer von Web-, Woll- und Strickwaren keinen höheren Preis fordern dürfen, als er vor dem 31. Januar 1916 bei gleichartigen oder ähnlichen Verkäufen erzielt wurde. In der jüngsten Nummer des Konfektionär wird nun aber darauf hingewiesen, daß die Konfektionäre mit der Verarbeitung ihrer Stoffe zurückgehalten, da sie hoffen, daß im Herbst die Preise gegenüber den jetzigen bis 50 Prozent steigen.

Man sieht, daß sich die Preistreiberi auch durch die engsten Maschen der Gesetze und Verordnungen ihren Weg bahnen weiß.

Weitere Verteuerung der Zeitungen. Während des Krieges haben eine Anzahl Zeitungen den Bezugspreis erhöht, weil die zur Herstellung der Zeitungen erforderlichen Materialien im Preise gestiegen waren. Inzwischen sind die Preise

für die Rohmaterialien weiter in die Höhe gegangen. Das Druckpapier soll noch um 40 Prozent teurer werden. Deshalb werden sich in Deutschland zahlreiche Zeitungen gezwungen sehen, vom 1. April d. J. ab die Bezugspreise monatlich um 15, vielfach um 20 Pfennig und mehr zu erhöhen. Die Hauptversammlung des Vereins Westpreussischer Zeitungsverleger hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Infolge der außerordentlichen Steigerung der allgemeinen Geschäftsunkosten, sowie aller zur Fertigstellung einer Zeitung erforderlichen Rohmaterialien, insbesondere aber durch die Verteuerung des Druckpapiers um mindestens 40 bis 50 Prozent, sehen sich die Mitglieder des Vereins Westpreussischer Zeitungsverleger gezwungen, die an sich bis jetzt sehr niedrigen Bezugspreise vom 1. April d. J. ab zu erhöhen.“

Der Verein Ostpreussischer Zeitungsverleger wird sich am nächsten Sonntag mit der Verteuerung des Zeitungsgewerbes beschäftigen. Nach dem Lokalanzeiger sind während des Krieges 3000 Zeitungen und Zeitschriften eingegangen.

Die Erklärung ist von fast allen bürgerlichen Zeitungen unterschrieben. Unter anderen nehmen eine Erhöhung des Bezugspreises vor: Die Danziger Neuesten Nachrichten, die Danziger Zeitung, die Danziger Allgemeine Zeitung, die Elbinger Zeitung, der Graudenziger Bote, die Thornener Presse, die Nogatzeitung, die Marienburger Zeitung.

Für die freiwillige Krankenpflege werden Hilfskräfte gebraucht. Männer aller Berufsstände, die entweder völlig militärdienstfrei oder nur dauernd garnison- und arbeitsverwendungsfähig sind, werden ersucht, sich im Oberpräsidium, Zimmer 91, zu melden. (Siehe Bekanntmachung des Herrn Oberpräsidenten in der heutigen Nummer unseres Blattes.)

Ein schwarzer Tag für Danzigs Hausfrauen war der 15. März. Nicht nur, daß er eine Erhöhung der Preise für Margarine und Randspeisefett brachte, auch der Magistrat verkündigte eine abermalige Erhöhung der Kartoffelpreise und eine weitere Erhöhung der Fleischpreise. Zehn Pfund Kartoffeln kosten jetzt in Danzig 54 Pfennige; ein Zentner 5,40 Mark. Rindfleisch kostet, mit Ausnahme von Sauc und Hals, jetzt 1,60 bis 1,80 Mark; für Schweinefleisch schwanken die Preise zwischen 1,40 bis 2,40 Mark. Selbst Kopf und Beine kosten 1,00 Mark. Die Verteuerung der Lebensmittel hat damit einen Grad erreicht wie nie zuvor, und es ist kein Wunder, daß unter den Arbeitern die Notwendigkeit von Lohnbewegungen stark diskutiert wird. Mit diesen Dingen wird man rechnen müssen, obgleich der Austrag solcher Kämpfe zurzeit weder Unternehmern noch Arbeitern wünschenswert sein kann und ebenso wenig im Interesse des Staates liegt.

Kann da noch von einem angemessenen Gewinn gesprochen werden? Ueber die Milchpreise schreibt die Elbinger Zeitung in einer ihrer letzten Nummern:

Die Milchpreise in der Niederung, die vor dem Kriege 10 und 10½ Pfg. betrugen, sind im Laufe der Zeit auf 15, 16 und 17 Pfg. emporgeschwollen. Die höchsten Milchpreise werden in der Marienburger Niederung bezahlt, während der 16-Pfg.-Milchpreis im allgemeinen für die Elbinger Niederung gilt. Die Erhöhung des Milchpreises seit Kriegsausbruch beträgt ungefähr 40 Prozent.

In Danzig kostet ein Liter Milch 26 Pfennige. Einen großen Teil der Danziger Milch liefert das Werder, wo die Verhältnisse genau die gleichen sind, wie in der Elbinger und Marienburger Niederung. Und auch auf der Danziger Höhe werden die Molkeereien kaum mehr zahlen als in der Niederung. Wir sprachen bei der letzten Milchpreiserhöhung die Befürchtung aus, daß sie den Interessen der Molkeereibesitzer und nicht denen der Konsumenten dienen werde. Es wäre sehr am Platze, daß die Landwirte der Danziger Umgebung sich zu der Frage äußerten, ob sie oder der Zwischenhandel die Steigerung der Milchpreise veranlassen. Ein Verdienst von 9—10 Pfennigen nur für die Vermittlung eines Liters Milch an den Käufer, wäre wirklich nicht mehr „angemessen“. Doch stellen wir weitere Ausführungen zurück, bis eine Erklärung der Landwirte vorliegt.

Ein Danziger Jubiläum. Genossin Käthe Leu veröffentlichte in unserer Nummer 6 am 12. Februar ein gehaltvolles Stimmungsbild über die wenig gerechte Beurteilung, die den Kriegerfrauen viel zu häufig zuteil wird. Die kleine Arbeit, die sich durch innige Anteilnahme für die tapferen Frauen unserer Krieger und edle Sprache auszeichnete, wurde fast in der gesamten Parteipresse nachgedruckt und fand so hunderttausende Leser. Wir freuen uns dieser Tatsache im Interesse der Kriegerfrauen und ihrer warmherzigen Verteidigerin, die es sich als besonderen Ruhm anrechnen darf, daß sie diese Aufgabe als einzige in der Öffentlichkeit bekannte Danziger Frau erfüllt hat. Nicht minder notwendig scheint es uns, gelegentlich des großen Erfolges des Artikels auch seines Urhebers zu gedenken. Genossin Leu schrieb die Zeilen als Protest gegen Verhärten, die der amtliche Leiter der Danziger Kriegszugfürsorge und des Armenwesens, Magistratsassessor Berent, ein recht jugendlicher Mann, ihr gegenüber unmittelbar vorher getan hatte.

Aus Westpreußen

Odenburg von Januschan über die Kartoffelpreise.

Im Kreise seiner westpreussischen Berufsgenossen hielt dieser Tage der Herr von Januschan eine Rede über die Kartoffelpreise, die einen trefflichen Einblick in manche Vorgänge des wirtschaftlichen Lebens gewährt. Herr von Odenburg sagte dort nach dem Vorwärts unter anderem:

„Von der vorigen Ernte haben wir zum Schluß den hohen Preis von 8,50 Mark für den Zentner Kartoffeln erhalten und das Reich bekam dafür verkaufte Kartoffeln. Staatssekretär Delbrück sagte damals, er wolle sich die Finger nicht wieder an den Kartoffeln verbrennen. Redner erklärte dagegen, „maddern Sie nicht mit Schweiß und Kartoffeln, dann werden Sie beides haben“. „Der Landwirtschaftsminister steht ganz auf unserem Boden, aber er ist mit seiner Meinung nicht durchgedrungen, weil jetzt das Reich maßgebend ist. Ich habe gesagt, man muß für den Zentner Kartoffeln fünf bis sechs Mark zahlen, und wenn die Verbraucher diesen Preis nicht zahlen können, so muß der Staat die Kartoffeln unentgeltlich an die Leute mit einem bestimmten geringen

Einkommen liefern. Die Sozialdemokraten in München waren für diesen Gedanken zugänglicher, aber die Vertreter, die Bergarbeiter im Westen, erklärten, sie müßten den Zentner Kartoffeln für drei Mark haben. Wir haben dann aus dem Osten Kartoffeln nach dem Westen liefern müssen, damit man dort mit diesen Kartoffeln Schweine mästet. Die neuen Erhebungen über die Kartoffelvorräte sind noch nicht abgeschlossen, aber man hat bereits mit der Beschlagnahme der Kartoffeln gedroht. Doch das Papier ist geduldig.“

Die Gemeindevertreterwahl in Ohra ist für die dritte Abteilung auf Dienstag, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, in der Ostbahn festgesetzt. Sie findet als Terminswahl und nicht als Erstwahl statt. Sämtliche Wähler müssen also pünktlich um 3 Uhr zur Stelle sein, wenn sie nicht ihr Wahlrecht gefährden wollen. Und es ist sehr notwendig, daß kein Wähler, der die Arbeiterkandidaten unterstützen will, dies verkümmert. Genau derselbe Eifer und das gleiche Interesse wie im Frieden muß der Wahl entgegengebracht werden. Laune und Gleichgültigkeit darf es am allerwenigsten bei der Erfüllung so wichtiger Arbeiterpflichten im Kriege geben. Die sozialdemokratischen Kandidaten sind:

Gemeindevertreter Herrmann Temp,
Eigentümer Karl Becker.

Die öffentliche Abstimmung darf keinen unserer Freunde von der Wahl fernhalten. Auch die Erwartung, daß die bürgerlichen Gruppen sich wegen des Burgfriedens nicht beteiligen werden, darf nicht zur stets unvorsichtigen Gleichgültigkeit verführen. Eine starke Stimmzahl für unsere siegreichen Kandidaten muß unser Ehrgeiz sein. Wir bereiten damit auch unseren Freunden im Felde eine Freude.

Zur Vorbereitung der Wahl findet Sonntag, den 19. März, nachmittags 4 Uhr, ebenfalls in der Ostbahn, eine Wählerversammlung statt, in der Genosse Gehl referieren wird. Sie zu besuchen, ist Pflicht jedes Wahlberechtigten.

Löwui im Stadt- und Landreise Elbing. Vor etwa fünf Wochen hat ein kleiner toller Hund in der Stadt Elbing und auch im Landreise andere Hunde gebissen. In Elbing ist auf dem äußeren Marienburger Damm der Hund des Eigentümers Fromm toll geworden und getötet. In Lenggen mußte das gleiche mit dem Hund des Besitzers August Kuhn geschehen. Auf Grund dieser Vorkommnisse ist über Stadt- und Landreise Elbing die Hundesperre verhängt worden, Hunde ohne Beine und Maulkorb sind sofort zu töten.

Marienburg. Erhöhung der Gaspreise. In der letzten Sitzung hat der Magistrat beschlossen, die Gaspreise abermals zu erhöhen, und zwar auf 19 Pf. für Behörden, an die Leuchtgas geliefert wird, auf 17 Pf. Einheitspreis für Leucht- und Kochgas in Haushaltungen, auf 12 Pf. für Motorengas und auf 16 Pf. für Automatenogas.

Graudenz. Das städtische Elektrizitätswerk wird vergrößert. Bedingt wird das in erster Linie durch den Abschluß eines Stromaustausch- und Stromlieferungsvertrages mit der Provinz Westpreußen, andererseits war das Werk an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt. Der Vertrag mit der Provinz geht dahin, daß die Provinz von dem Graudenz Elektrizitätswerk bis zur Fertigstellung der Groddeder Ueberlandzentrale Strom bezieht. Die Vergrößerung des städtischen Werkes wird mit einem Kostenaufwande von annähernd einer halben Million Mark durchgeführt.

Eine vorbildliche Polizeiverfügung. Von der Polizeiverwaltung in Deutsch-Englau ist folgende Verfügung erlassen worden: „Für den kleinen Mann ist es fast unmöglich geworden, überhaupt noch Fleisch anzukaufen, wenn nicht von wohlhabender Seite auf ihn Rücksicht genommen wird. Es darf nicht vorkommen, daß besserstufierte Leute sich im Fleischgenuß kaum eine Beschränkung auferlegen und durch Vorbereitungen sich Fleisch sichern, während der arme Mann dann nach Räumung der Fleischbestände das Nachsehen hat. Aus diesem Grunde wird vorläufig angeordnet, daß erstens Vorbestellungen von den Fleischern überhaupt nicht angenommen werden dürfen, zweitens an keine Familie mehr als höchstens ein Kilo Fleisch täglich verabfolgt werden darf. Dieses Quantum muß auch in großen Haushaltungen jetzt ausreichen. Sollte diese Anordnung nichts fruchten, so wird zur Ausgabe von Fleischkarten geschritten werden müssen, und dadurch jedem Bürger sein Fleischquantum zugemessen werden.“

Aus der Partei

Zum Parteifreie

nimmt in der Essener Arbeiterzeitung ein im Felde stehender Genosse das Wort. Der Schreiber, Genosse G. Werner, ist ein bedingter Anhänger der gegenwärtigen Mehrheit. Er mißbilligt das Sondervorgehen der Zwanzig, hauptsächlich aus Gründen der Disziplin, und meint, von dem Standpunkt der Wahrheit wäre es richtiger gewesen, sich auf Stimmenthaltung zu beschränken. Sie hätte mehr erreicht, wenn zwei Fünftel der sozialdemokratischen Abgeordneten sich der Stimme enthalten hätten und der nachfolgende Nachvermieden wäre. Dann fährt Genosse Werner fort:

„Aber noch eine andere Frage wird hier erörtert, bei der die Genossen als solche kaum zu erkennen sind, obgleich sie sich daran beteiligen. Es ist die Frage: „Was wird nach dem Kriege?“ Mit den stetig steigenden ungeheuren Kriegskosten, für die eine Deckung durch Entschädigungen vollständig ausgeschlossen ist, mit den immer mehr auftauchenden Nachrichten über die steuerliche Belastung nach dem Kriege taucht bei allen Beteiligten die Frage auf: „Was wird?“ Und das ganze moralische Ansehen, was sich die Partei in Steuerfragen in allen den Kreisen, die die Wählermassen stellen, erworben hat, tritt jetzt in Erscheinung und läßt die große Zahl der uns noch Fernstehenden, bei denen der Krieg ohnehin radikale Gedankengänge ausgelöst hat, in der Partei die Rettung sehen. Und darunter sind sehr viele, die klar und logisch denken können und die bisher ihren Verstand zur beruflichen Fortbildung oder zu anderen Dingen verwendet haben und für die die Poli-

ist und vor allem die sozialdemokratischen Ideen ein Vorbild waren, das mit Scheuklappen und Vorurteilen betrachtet wurde. Der jetzt im Kriege gleiche Leidensweg aller Soldaten, der stete Kampf hat die Unterschiede verwischt und die gleichen Zukunftsfragen beschäftigt sie. Man merkt daher bei Erörterung dieser Fragen kaum noch, ob man einen Sozialdemokraten oder einen Angehörigen einer anderen Partei vor sich hat.

Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß die Menschen viel rücksichtloser geworden sind und ganz gefühlsmäßig den Standpunkt vertreten: „Wir schützen heute mit unserem Blute das Vaterland. Auf uns ruht die größte Last. Nach dem Kriege wollen wir nicht noch obendrein die Hauptkosten zahlen.“ Die Zahl der Krieger und Weisetreter wird daher geringer werden als es vor dem Kriege der Fall war. Für alle diese neu zu uns Kommenden ist der Reichstag nun jene Instanz, die die nötigen Beschlüsse machen muß und von dessen Zusammenfassung Wohl und Wehe abhängt. Der Parlamentarismus, die Mitarbeit der Partei wird als selbstverständlich angesehen. Für diese Neuen bedeutet der Parteistreit eine Ernüchterung, und sie sehen leider in Lieblichkeit den bösen Geist der Minderheit, mit dem sie nichts zu tun haben wollen. Die Zahl der Wähler, die der Krieg der Partei bringen wird, wird groß sein und es wäre verkehrt zu glauben, die Partei müßte ihnen zu liebe einen Ausweg nach rechts machen. Es sind im Kriege hart gewordene Menschen, die zur Partei kommen und die die Interessen der unteren Klassen vertreten sehen wollen.

Diese Menschen als Wähler zu gewinnen und zu erhalten ist die wichtigste Vorbedingung für ein erfolgreiches Arbeiten in der Zukunft. Der Disziplinbruch und die vom Schützengrabenstandpunkt aus mitunter so kleinlichen Differenzen sind aber das reine Gegenteil von dem was getan werden sollte.

Genosse Werner schlägt mit dem Wunsch, in der Heimat auf diese Dinge Rücksicht zu nehmen und erinnert daran, daß noch immer Einigkeit stark macht.

Eine interessante Feststellung.

Wir lesen in der Welt am Montag: „Der Jahresbericht der national liberalen Partei zu Duisburg spricht die Hoffnung aus, daß viele Sozialdemokraten von ehemals sich unter nationaler Fahne zu unserer Partei finden werden.“ Ob das bei „vielen“ Sozialdemokraten der Fall sein wird, wissen wir nicht. Das aber wissen wir, daß einzelne Sozialdemokraten, insbesondere manche sozialdemokratischen Schriftsteller, allerdings bereits hinreichend umgelehrt haben, um jeden Tag ihren

Anschluß an die „Partei der Reichsausbehnung“ vorzuziehen zu können.“

Wir sind leider nicht in der Lage, diese Feststellung des bürgerlich-demokratischen Blattes bestritten zu können.

„Der Parteisekretär ist das Rückgrat der Bewegung.“

Am Nummer 8 der Volkswacht schilderten wir die Affäre des Dortmunder Parteisekretärs König, der angeblich in schweren Seelenkämpfen tagelang mit der Frage geungun hatte, ob er das Verhalten der Mehrheit oder Minderheit billigen sollte und dann im Parteiauschuß Sprecher für die Resolution geworden war, die die Minderheit in schärfster Weise verurteilte. Ueber den Fall König schreibt die Bremer Bürgerzeitung:

Ein Parteisekretär ist bekanntlich nicht nur Bureaumensch, sondern vor allem auch eine politische Persönlichkeit. Er hat den wichtigsten politischen Vertrauensposten inne, den die lokalen Organisationen zu vergeben haben. Es genügt daher keineswegs, wenn ein Parteisekretär von sich sagen kann, daß an seiner beruflichen Tätigkeit, d. h. an seinen reinen Verwaltungsarbeiten, nichts auszusetzen ist. Diese Gewissenhaftigkeit, die übrigens bei jedem, der ein Amt in der Arbeiterbewegung inne hat, eo ipso vorausgesetzt wird, muß bei ihm gepaart sein mit der größten politischen Zuverlässigkeit. Gerade der Parteisekretär als Politiker ist das Rückgrat der Arbeiterbewegung am Orte, und die Parteigenossen wählen ihn in erster Linie als politische Persönlichkeit. Verfaßt er hier, so haben sie im Interesse der gesamten Bewegung die Pflicht, den Einklang zwischen dem Parteisekretariat und dem politischen Willen der Masse unverzüglich wieder herzustellen.

Bei Verdun verwundet. Der Vorwärts teilt mit: Unter Redaktionskollege S. Restriepke, der als Unteroffizier an den Kämpfen bei Douaumont (Verdun) teilgenommen hat, ist dort am 2. März durch einen Gewehrschuss am Hinterkopf verwundet worden. Er befindet sich jetzt im Lazarett in Niederlahnstein. Sein Befinden gibt, soweit wir unterrichtet sind, zu Beforgnis keinen Anlaß.

Soziales

Bei der Volksfürsorge waren nach einer vorläufigen Feststellung bis Ende Dezember 1915, also nach einer 24-jährigen Betriebsfähigkeit, von der 17 Monate durch den Weltkrieg in stärkster Weise beeinträchtigt waren, 183 028 Versicherungen zu erledigen. Davon waren Kapitalversicherungen 145 873 mit einer Versicherungssumme von 34 650 217 Mark. Spar- und Risikoversicherungen: 37 145, wodurch bei der Risikoversicherung 856 495 Mark versichert sind.

Aus aller Welt

Nach 41 Jahren begnadigt! Der jetzt 70 Jahre alte frühere Walzarbeiter Ernst Weinmann aus Wetherhof bei Echte war im Jahre 1874 wegen Mordes zum Tode verurteilt, später aber zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden. Jetzt ist Weinmann nach Verblühung einer 41jährigen Zuchthausstrafe vom Kaiser begnadigt worden.

Ein Erlaß gegen die Mode. Der Konfektionär veröffentlicht folgenden Erlaß des Generalkommandos des dritten bayerischen Armeekorps:

„Den Damen, die mit der Beschaffung von Rohstoffen für Herbeswede befaßt sind, muß es auffallen, daß Frauen im schroffen Gegensatz zu der vorhergehenden Mode weite, faltenreiche Röcke und übertrieben hohe Stiefel tragen zu müssen glauben. Hierdurch werden große Mengen von Stoff und Leder verschwendet, die wichtigeren Zwecken zugeführt werden könnten. Es darf von dem väterlichen Sinn unserer Frauenwelt erwartet werden, daß dieser Hinweis genügt, sie vor Modetorheiten zurückzuhalten und sie zu unserer ersten Zeit entsprechender Schlichtheit in der Kleidung zu veranlassen.“

Briefkasten der Redaktion

Mehreren fragern. Der lateinische Warnungsruf Videant consules bedeutet: Verursene Hüter, seid machsam! — Hetära bezeichnet in deutscher Uebersetzung eine Bühldirne.

Literatur

Die Glocke, Sozialistische Halbmonatsschrift, Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das dreizehnte Heft dieser aktuellen Zeitschrift ist soeben erschienen und enthält folgende Artikel: Parvus: Franz Mehring zum 70. Geburtstag; Hermann Meitner: Wann kommt der Friede?; Dr. Ludwig Quessel: Das Problem des Friedens; Hugo Boehsch: Die Lage der Partei; Friedrich Klees: Bessere Mutterchaftsfürsorge; Wilhelm Hüsgen: Konsumgenossenschaften, Höchstpreise und Rüdgemähr; E. Rosenmann: Die Ostpreußenfrage; Konrad Jaenisch: Literarische Rundschau; Salomon Dembiker: Erinnerungen; Aus unserer Sammelmappe. — Einzelhefte 25 Pfennig, vierteljährlich 1,50 Mark bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Letzte Nachricht

Verbot der Danziger Frauenerfassung. Wie wir nach Schluß des redaktionellen Teils erfahren, hat der Polizeipräsident die ursprünglich erteilte Genehmigung für die zum 19. März vorgesehene Frauenerfassung wegen burgfriedlicher Bedenken zurückgezogen. Persönliche Vorstellungen bei ihm durch die Genossen Partei und Gehl hatten keinen Erfolg. Weitere Beschwerde an den zuständigen Minister ist eingelegt.

Bekanntmachung.

Hilfsbereite Männer aller Berufsclassen von guter Führung, welche entweder völlig militärdienstfrei oder dauernd garnisondienst- oder arbeitsverwendungs-fähig sind, und die der freiwilligen Krankenpflege ihre Kräfte widmen wollen, können sich werktäglich in der Zeit zwischen 9 und 1 Uhr im Ober-Präsidentium, Zimmer 91, unter Vorlegung ihrer Militärpapiere melden.

Danzig, den 10. März 1916.

Der Territorialdelegierte der freiwilligen Krankenpflege für Westpreußen.
Oberpräsident v. Jagow.

Bekanntmachung.

Eine neue Bekanntmachung M. 2644 2. 16 K. R. A. mit Wirkung vom 15. März 1916 bringt die Retorbnung M. 3231 19 15 K. R. A. betreffend Entlohnung, Ablieferung und Umarmung der durch die Retorbnung M. 325 7. 15 K. R. A. beim M. 325 7. 15 K. R. A. beschlagnahmten fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenstände aus Kupfer, Messing und Nickel vom 16. November 1915 nochmals in Erinnerung. Sie schreibt ferner für einzelne dieser Gegenstände den Zeitpunkt für die Durchführung der Zwangsversteigerung hinaus. In ihrem vollen Wortlaut ist sie in den Regierungsamtstribüden und öffentlichen Anschlägen bekannt gegeben.

Danzig, Graudenz, Thorn, Kulm, Marienburg, den 15. März 1916.

Stabsretorbnung des Generalkommandos XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General, gen. v. Schöck, General der Infanterie.
Der Gouverneur der Festung Graudenz, H. R. gen. v. Hennigs, Generalleutnant.
Der Gouverneur der Festung Thorn, gen. v. Dickhuth-Harwach, Generalleutnant.
Der Kommandant der Festung Danzig, gen. v. Pfael, Generalmajor.
Der Kommandant der Festung Kulm, gen. v. Slesau, Generalmajor.
Der Kommandant der Festung Marienburg, gen. v. Rechenberg, Generalmajor.



No 18 J. Borg

ges. geschützt mit Mundstück und Goldmundstück ist und bleibt die

beste 2 Pfg.-Zigarette.

Ein willkommene Liebesgabe für unsere Krieger im Felde.

Überall erhältlich.

Zigarettenfabrik Stambul
J. Borg G. m. b. H. Danzig.

Lichtbilder-Vortrag
Sonntag, den 26. März, nachm. 4 Uhr bei Steppuhn in Schidlitz
Vortragender Genosse Adolf Bartol

Thema: „Eine Reise nach Konstantinopel, Serbien und Albanien.“

Auf den Balkan, wo die ersten Flammen des Weltkrieges aufzüngelten, richten sich seit dem Einmarsch deutscher Truppen in Serbien alle Blicke. Einige der interessantesten Gegenden der politischen Wetterdecke Europas soll der Lichtbildervortrag veranschaulichen.

Wirtskarten a 30 Pf. sind zu haben in den Gewerkschaftsbüros, der Volkswacht, Paradiesgasse 32, im Zigarengeschäft E. Sölln, Schiffseldamm 36, und den Konsumgeschäften Tischlergasse und Langfuhr, Brunshöferweg

Guten Besuch erwartet Der Arbeiterbildungsausschuß

Echt garantiert reingekachelten Schnupftabak
aus erstklassigen Kentuckyblättern empfiehlt die Schnupftabakkacheit

Julius Gosda, Danzig
Rohstabakhandlung,
Häkergasse 5, II. Priestergasse Nähe der Markthalle.



Achtung! Weiße Wascheiße
Nur soweit Vorrat verhandelt meine weiße, weiche Wascheiße, geeignet für alle Zwecke, geruchlos

aus schäumend, garantiert unschädlich für die Wäsche 100 Pfund für Mk. 63.—, 50 Pfund für Mk. 35.— 1 Probe-Postkarte (10 Pfd. Br.) für Mk. 6.95

Nachnahme ercl. Porto bezw. Fracht. Verpackung frei! Bahnsendungen nur gegen Vorauszahlung! Nicht zu verwechseln mit billigeren, minderwertiger Konkurrenzangeboten. Station und Post angeben! Viele Nachbestellungen. K. Otto, Berlin 120, Holzmarktstraße 54.

Betten
Bettfedern, Dauen, Einwicklungen, ein Bettgestelle.
Große Auswahl, billige Preise.

Bettfeder-Reinigungs-Anstalt
Südergasse 63, a. d. Markthalle
Telephon 2755.

Renn- und Fahrräder
gebrauchte Kraftfahrzeuge, Deeken, Schläuche.

Nähmaschinen
in feinsten Ausführung.
Korbdrücken, Tischlampen, Gas- und Spirituskocher.

A. Mehn, Breitagasse 113.

Konfirmanden-Anzüge

in großer Auswahl, schwarz — marong — blau ein- und zweifelhige Fassons

19.00 22.00 24.00 27.00 30.00

bis zu den feinsten Qualitäten

W. RIESE, Breitgasse Nr. 127.

Damen- und Herren-Fahrräder
Ersatzteile 168
Räder
Schläuche
in reicher Auswahl enorm billig.

Reparaturen
sachgemäß, schnell und billig.

G. Elms,
Fahrradgroßhandlung,
I. Danm 22 23 und Breitagasse.
Telephon 2476.

Obst und Südfrüchte
laufen Genossen und Genossinnen am billigsten in der
Obst- u. Südfrucht-Zentrale
Haustor 7.

Gute Volks- und Jugendbücher
zum Preise von 10—30 Pfennigen empfiehlt in reicher Auswahl

Buchhandlung Volkswacht.
Danzig, Paradiesgasse 32

Der wahre Jakob
pro Nummer 10 Pfennige
Buchhandl. Volkswacht

ruf des Präsidenten daran hindern, das zu sagen, was zu sagen er gerade in der Zeit für notwendig hielt.

Nach einigen belanglosen Redensarten des Abg. Freiherrn v. Zedlitz (freiton.), der es ablehnte, auf die Hoffmannschen Ausführungen einzugehen, da ihm ihr Ton nicht gefiel, begann die Erörterung des Kapitels „Höheres Schulwesen“. Darauf verlagte sich das Haus auf Donnerstag. (Vorwärts.)

Eine mißlungene Aktion.

Vor einigen Wochen, hat der Leiter der Deutschen Juristenzeitung die Anregung gegeben, Liebtnecht aus dem Rechtsanwaltsstande auszuschließen. Diese Anregung ist sofort von den verschiedensten Seiten energisch bekämpft worden. In der neuesten Nummer der Deutschen Juristenzeitung tritt nun auch der Rechtsanwalt beim Reichsgericht, Haber, gegen diese Anregung auf und er teilt mit, daß ihm zahlreiche Zuschriften von Rechtsanwälten über den Fall zugegangen sind, die sich aber übereinstimmend gegen die Auffassung der Deutschen Juristenzeitung wenden. Er setzt dann auseinander, daß ein Rechtsanwalt genau so wenig wie jeder andere Staatsbürger daran gehindert werden dürfe, innerhalb der gesetzlichen Schranken seine politische Ueberzeugung zu betätigen. Rechtsanwalt Haber führt aus:

„Die verfehlteste Richtung der politischen Tätigkeit beweist noch nicht einen Mangel an Ehrenhaftigkeit, und es ist nicht ersichtlich, auch in dem Artikel nicht behauptet, daß für die Handlungsweise es ein anderer Grund maßgebend gewesen sei als die Ueberzeugung von der Richtigkeit seiner Auffassung und von ihrer Nützlichkeit für das Staatswohl. Politische Fragen sind durch Disziplinär- und Strafgerichte nicht zur Entscheidung zu bringen. Die Erfahrung, die man seit langen Zeiten mit politischen Prozessen gemacht hat, ermutigen nicht dazu, ohne zwingenden Grund ihre Zahl zu vermehren. Das deutsche Volk wird die Sonderbestrebungen es und seiner Anhänger auch ohne ein Einschreiten der Gerichte zu überwinden wissen.“

Damit dürfte der Vorstoß des Leiters der Deutschen Juristenzeitung gegen Liebtnecht als völlig mißglückt angesehen werden.

Zur Frage der Volksernährung

Korruption in einem städtischen Lebensmittelvertrieb.

Vor dem Dresdener Schöffengericht hatte sich eine verheiratete Verkäuferin, die beim dortigen städtischen Lebensmittelausschuß beschäftigt war, zu verantworten; sie sollte 1300 Mark unterschlagen haben, die sie für verkaufte Erbsen erhielt, aber nicht ablieferte. Im Verlaufe der Verhandlung wurde nun eine unerhörte Mißwirtschaft im Betriebe des Lebensmittelausschußes festgestellt, die dem Gerichtsvorsitzenden zu Worten schärfster Kritik Anlaß gab. So fehlte jede Kontrolle bei der Warenlieferung; es gab weder Lieferheine noch Empfangsbestätigungen, so daß im vorliegenden Falle jeder schriftliche Nachweis darüber, ob die Erbsen — 28 große Ritten — in die Verkaufsstelle geliefert worden sind oder nicht, fehlte. Noch schlimmer aber ist die festgestellte Beginnungswirtschaft. So wurde nachgewiesen, daß direkt von der Zentrale aus Waren in Posten von 5 bis 20 Pfund an Private, Pensionen, Beamte und Weinstuben geliefert worden sind. Unter den Empfängern befinden sich auch gut bezahlte städtische Beamte, ein Stadtverordneter und Hofrat sowie der Vorsitzende des Lebensmittel-ausschußes, Stadtrat Dr. Krüger. Diesen Leuten wurde die Ware sogar von einer Angestellten des Lebensmittelausschußes ins Haus getragen. Der Vorsitzende bemerkte demgegenüber mit Recht, daß sich arme Frauen stundenlang in Wind und Wetter vor den Verkaufsstellen aufhalten, um im günstigsten Falle ein Pfund Ware zu erhalten, oft aber auch mit leeren Händen wieder nach Hause gehen müssen. Hier erhielten aber gut situierte Leute von den Waren, die nur für die Ärmsten bestimmt sind, bis zu 20 Pfund sogar ins Haus getragen.

Die Verkäuferin wurde freigesprochen, weil die zur Verurteilung nötige Klarheit aus den verworrenen Verhältnissen nicht zu gewinnen war. Der Vorsitzende erklärte noch, daß das Volk nach solchen Erfahrungen alles Vertrauen zu derartigen Einrichtungen verlieren müsse. Leider wahr!

Genügend Brotgetreide bis zur Ernte

Aus Berlin wird uns gemeldet: Wie bestimmt mitgeteilt werden kann, ist der Bedarf an Brotgetreide bis zur neuen Ernte vollständig gedeckt. Die zunächst auf etwa 200 000 Tonnen veranschlagte Reserve ist sogar auf das Doppelte, etwa 400 000 Tonnen, gestiegen.

Schweinefleischregelung in Remscheid

Der Oberbürgermeister von Remscheid macht die Einführung der Verbrauchsregelung für Schweinefleisch bekannt. Er erhalten: Familien bis zu drei Köpfen höchstens 1 Pfund frisches Schweinefleisch wöchentlich, bis zu sechs Personen 1 1/2 Pfund über sechs Personen 2 Pfund. Der Schlachter hat auf der Fettkarte die Einträge über die abgegebenen Fleischrationen zu machen.

Pöbener Dunkelkammern.

Eine interessante Feststellung. Man tag nachmittags wurde die Feuerwehrr um 1 1/2 Uhr nach Annenstraße 13 wegen eines Kellerbrandes gerufen. Der in kurzer Zeit durch eine Schlauchleitung gelöscht wurde. Das ist nichts Bemerkenswertes. Interessant ist jedoch, so schreiben die Pöbener Neuesten Nachrichten, die Tatsache, daß die Feuerwehrr in letzter Zeit gelegentlich bei Löschung von Kellerbränden in vier Fällen Räucherlampen angezündet mit Wurst und Schinken, entdeckt hat. Also hier ein Ueberfluß an Fleischwaren. Die Fleischgeschäfte wollen ihre Pforten schließen, und halten sie zum Teil schon geschlossen, weil sie kein Fleisch und keine Wurstwaren zum Verkauf haben. Sicherlich ein merkwürdiger Segensatz. Uebrigens sind bei dem Brande in der Annenstraße eine größere Menge Fleisch und andere Nahrungsmittel mitverbrannt.

Es wäre in der Tat dringend zu wünschen, so meint die Breslauer Volkswacht, der wir diese Zeiten entnehmen, daß in die dunklen Vorkammern von den Behörden hineingeleuchtet würde, und zwar recht gründlich. So manches würde da an das Tageslicht kommen.

Erhöhung der Margarine-Höchstpreise

Der Reichsanzeiger veröffentlichte eine Bekanntmachung über die Errichtung eines Schiedsgerichtes zur Entscheidung über Streitigkeiten über inländische Butter mit dem Eige in Berlin sowie eine Bekanntmachung, monach vom 15. März die Großhandelspreise für Margarine auf 1,83 Mark, für Speisefette aller Art mit 100 Prozent Fettgehalt auf 2,15 Mark und die Kleinhandelspreise für den unmittelbaren Bezug der Verbraucher bei Margarine auf 2 Mark und bei Speisefetten aller Art mit 100 Prozent Fettgehalt auf 2,32 Mark sämtlich für das Pfund erhöht werden.

Die Pflicht

als Parteigenosse sollte es jedem sagen, daß er sein Parteiorgan überall zur Insertion und zum Abonnement immer und immer wieder empfiehlt und so sich selbst und der Partei Nutzen bringt

Danziger Nachrichten

Die Aussichten der vierten Kriegsanleihe.

Daß die vierte Kriegsanleihe Erfolg haben muß, versteht sich bei der großen militärischen Bedeutung des Geldes von selbst. Die Frage ist, ob sie auch Erfolg haben kann. Das heißt: ob die Vorbedingungen der Geldbereitstellung unbedingt gegeben sind. Die Antwort darauf gibt die Tatsache, daß sich im Verlaufe der deutschen Vermögens seit der dritten Kriegsanleihe nichts geändert hat. Es sind 12 100 Millionen mehr in deutscher Reichsanleihe angelegt worden. Das ist der einzige neue Umstand. Im übrigen ist es dabei geblieben, daß nur ein geringer Bruchteil deutschen Geldkapitals zu Zahlungen aus Ausland verwendet wurde, während der Hauptbestandteil im Inland geblieben ist und sich im ständigen Austausch gegen Verbrauchsgüter befindet. Die Ergiebigkeit des gewerblichen Kapitals hat nicht nachgelassen. In der Verzinsung des Anlagekapitals ist keine Milderung, eher eine Steigerung eingetreten, da in die beiden ersten Kriegsanleihen mit ihrer Zinsen schon in voller Wirksamkeit sind, während der Zinselauf der dritten Anleihe am 1. April 1916 beginnt. Die Guthaben bei den Sparkassen haben sich wieder aufgefüllt. Die Einlagen bei den Banken sind nicht kleiner geworden, als sie vor Jahr und Tag waren. Die finanziellen Voraussetzungen eines solchen Erfolges sind also vorhanden.

Sie werden durch die Zeichnungsbedingungen gefördert. Auf die Bedeutung des Vierteljahrstermins für den Eingang von Zinsen, Mieten, Gehältern, Dividenden wurde Rücksicht genommen. Man denke allein an die rund 45 000 Millionen, die in Reichs-, Staats- und Staatsanleihen, in Hypothekendarlehen und industriellen Schuldverschreibungen angelegt sind. Hier bringt der Apriltermin einen bedeutenden Zinselauf. Die Mehrheit der Dividenden von Gesellschaften, die am 31. Dezember ihr Geschäftsjahr abschließen, wird im April ausgezahlt. Mieten und Gehälter, die vierteljährlich gefällig werden, kommen gleichfalls in Betracht. Die Anordnung der Zeichnungsfrist ist für die neue Anleihe nimmt auf diese Verhältnisse soweit Rücksicht, daß sie zwei Vierteljahrstage in sich faßt: den 18. April und 20. Juli. Die Pflichtzahlungen sind zu erledigen am:

- 18. April mit 30 Prozent des zugeteilten Betrages
- 24. Mai - 20
- 23. Juni - 25
- 20. Juli - 25

Wie bei der dritten Kriegsanleihe sind auch diesmal — im Vergleich zu den beiden ersten Kriegsanleihen — den kleinen Zeichner Zeichnungen von 100 Mark ziemlich an der Zahl geblieben. Der Zeichner von 300 Mark hat je 100 Mark am 21. Mai, 23. Juni und 20. Juli zu bezahlen. Wer 100 Mark zeichnet, braucht erst am 20. Juli zu zahlen, weil die Zeichnungen vorher niedriger als 100 Mark sein würden.

Auch den Klagen über zu langsame Lieferung der Stücke ist wieder Rechnung getragen worden. Zu den Stücken von 1000 Mark an aufwärts werden von der Reichsbank, auf Antrag, Zwischenscheine ausgegeben, und zwar für die Reichsanleihe und die Reichsstaatsanleihen. Die Stücke unter 1000 Mark, zu denen Zwischenscheine nicht vorgelesen sind, werden mit größtmöglicher Beschleunigung fertiggestellt und vorzugsweise im August ausgegeben werden. Es handelt sich bei diesen Fragen um eine reine Formfrage. Wer Kriegsanleihe zeichnet, wird im allgemeinen nicht darauf bedacht sein, sie möglichst schnell wieder los zu werden. So lange wie die Fertigstellung und Ablieferung der Stücke dauert, kann wohl jeder warten. Es kommt also nur auf eine Geduldprobe an, die zum Besten des Vaterlandes gebracht werden muß. Ein sehr geringes Opfer im Vergleich zu den großen Vorteilen, die der Besitz der deutschen Kriegsanleihe bietet.

Ein Oberbürgermeister.

Unlängst ist in Mähren der Oberbürgermeister Belmann gestorben. Ein bei Bureaukraten nicht seltenes starkes Maß von Ueberhöhung der eigenen Bedeutung verschloß ihm die Möglichkeit der objektiven Würdigung der Sozialdemokratie. Er verhinderte sogar die Berufung sozialdemokratischer Beisitzer in ein Schiedsgericht zur Beilegung von Differenzen in der Textilindustrie. Die Folge war naturgemäß, daß die Parteigenossen mit ihm nicht mehr persönlich verkehrten und sich auf den schriftlichen Weg beschränkten. Sein weiteres Verhalten schildert die Rheinische Zeitung, unser Kölner Bruderblatt, am folgend:

„Das ging so, bis der Krieg ausbrach und die Gefahr vor den Toren die Schranken niederriss. Herr Belmann war stark genug, dem ersten Schritt zu tun. Er ließ den Vertreter der Sozialdemokratischen Partei ins Rathaus bitten und erklärte namens der Stadtverwaltung, daß sie fortan in der Sozialdemokratie eine gern gesehene Mitarbeiterin erblicken würde. Er bitte die Erfüllung anzunehmen als ein Pfand für die Zukunft, von der er hoffe, daß sie, nachdem durch die Tat erwiesen, daß die Sozialdemokratie bereit sei, das Deutsche Reich gegen jeden Angriff zu verteidigen, die Erfüllung mancher Reformforderungen der Sozialdemokratie bringen werde. Herr Belmann hat sein Wort wahr gemacht. Sozialdemokratische Mitarbeiter wurde nicht nur zugelassen, sie wurde gesucht. Das Interesse für die Allgemeinheit hat die Antipoden vergangener Tage zusammengeführt, und eine Arbeitsgemeinschaft gezeitigt, in der beide sich ergänzend und erfolgreich arbeitend fanden. Und auch das darf gesagt werden: der mutere Charakter des Verstorbenen hielt dort nicht mit seiner Fortsetzung zurück, wo sich frische Kräfte regten. Noch in den jüngsten Wochen äußerte er seine hohe Befriedigung über die wertvolle Mitarbeit, die er in den Vertretern der Sozialdemokratie gefunden und die er als geradezu unentbehrlich betrachtete. So liegt sein Wille, dem Allgemeinwohl zu dienen, über alle Hindernisse.“

Wir leben im liberalen Danzig ebenso tief im Osten, wie das dunkel gemauerte Mähren im Westen liegt. Daher können wir aus der tatkraftigen Anerkennung der Arbeit der Sozialdemokratie durch Oberbürgermeister Belmann vorzüglich erkennen, wie stark sich der Osten vom Westen unterscheidet.

Die Schichtarbeiter im Zeichen des Burgfriedens.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ bringt einen Artikel über die bekannte Firma Schichau und schreibt unter anderem: Die Firma sucht bei den verschiedensten Truppenteilen fortgesetzt garnisondienstfähige Soldaten aller gewerblichen Branchen. Neben anderen Bedingungen, z. B. über Alter, Verpflichtung für eine mindestens einjährige Beschäftigung usw., verlangt die Firma, daß die auf Einstellung reflektierenden Soldaten keiner Gewerkschaft angehören und auch nicht sozialdemokratisch gesinnt sind.

Dieses Verlangen kritisiert die „Holzarbeiter-Zeitung“ aufs Schärfste.

Auf dem Wochenmarkt

geigte sich am vorigen Sonntagabend, daß der städtische Fischmarkt ein gutes Stück den Fleischhandel entlastet. Gewiß waren die Zustände noch lange nicht ideale — die Ansammlungen vor den Fleischerkäben und die Knappheit des Schweinefleisches bestehen noch wie vor fort — aber daß die Kaufmöglichkeit doch wieder in etwas reichlicherem Maße gegeben war, soll auch von uns nicht verkannt werden. Für die Entlastung des Fleischmarktes war auch der Umstand günstig, daß zahlreiche See- und Süßwasserfischarten auf dem Markt vertreten waren. Allerdings sind hier die Preise von einer so fabelhaften Höhe, daß die Arbeiterfrauen Fische nur gelegentlich erwerben können. Die Preissteigerung ist anscheinend ganz ohne Zuziehung von Frauen erfolgt und auch unter Berücksichtigung der Kriegszeit durchweg mindestens um ein Drittel zu hoch erfolgt. Fisch ist bekanntlich ein „hoher Braten“. Wenn die Wissenschaft uns lehrt, daß auch das Fischfleisch beträchtliche Nährwerte hat — daß es dem Fleisch gleichwertig ist, behauptet sie nicht —, so wollen wir das gewiß nicht abstreiten. Doch es muß bedeuten, daß billiger sein als Fleisch. Schon weil es sich nicht „abmacht“ wie das Fleisch und die Hausfrau noch allerlei Zutaten zur Bereitung braucht, dann auch weil beim Fisch weit mehr Abfall vorhanden ist. Aus den Knochen kocht noch Suppe aus. Welche Suppe aber könnte die Hausfrau aus Fischschuppen, Eingeweiden, Köpfen und Gräten kochen? Es hört sich ansehnend sehr billig an, daß das Pfund Pomuchel 60 Pfennig kosten soll. Wo ein paar Kinder sind, braucht die Hausfrau indes 3 bis 4 Pfund zu einer Mahlzeit, denn gerade beim Pomuchel sind die Abgänge sehr beträchtlich. Man wird den Frauen zustimmen müssen, wenn sie erklären, daß der heutige Pomuchelpreis den Interessen der Fischhändler viel zu sehr Rechnung trägt. Genau so ist es mit den frischen Heringen. Hier erklären die Frauen übereinstimmend, daß diese Fische nicht mehr als 25 Pfennig pro Pfund oder 20 Pfennig pro Mandel kosten dürfen und wer so ein Pfund frische Heringe in gekochtem Zustande gesehen hat, wird wiederum die Klagen der Frauen berechtigt finden. Die Männer, die die Höchstpreise für die Fische festlegten, mögen das größte Gerechtigkeitsempfinden besitzen haben. Aber sie waren eben Männer und kannten die Küche nur aus der sicheren Entfernung des Schreibtisches. Daß nicht nur in Arbeiterkreisen so empfunden wird, dafür ein Beispiel aus einem gut bürgerlichen Kreise. Die Danziger Zeitung schrieb am letzten Sonntagabend über den Fischmarkt:

Auf dem Fischmarkt tauchten heute zum erstenmal wieder die frischen eingeschickten Heringe auf. Sie waren aber ziemlich hoch im Preise, denn für das Pfund wurden 40 Pfennig verlangt, wozum wurde viel gekauf. Außerdem waren in großen Mengen Pomucheln, auch Zarten und Bander angeliefert. Reichlich gab es Pöbde, die zu 1,30 Mark das Pfund abgegeben wurden. In recht schönen großen Exemplaren sah man wie heute, das Pfund zu 1,10 Mark. Seit langer Zeit war heute auch Silberfachs zu haben, für das Pfund wurde der hohe Preis von 2 Mark verlangt.

Pöbde zu 1,30 Mark pro Pfund! 50 bis 60 Pfennig wäre hier ein Preis, der den, der ihn bestimmte, durchaus nicht in den Verdacht brächte, er täte den Händlern Unrecht. Die frischen Heringe haben nicht nur 40 Pfennig, sondern sogar bis 60 Pfennig pro Pfund bringen müssen. Und sind doch ganz gewöhnliche Fische, die an der deutschen Küste von deutschen Fischern gefangen werden.

Frischer Bachs 2 Mark pro Pfund! Alles das ist ungeheuerlich und die Behörden sollten solche Zustände keine 24 Stunden dulden. Denn vergessen wir nicht: es geht wohl eine Zeitlang, daß das Volk den letzten Groschen zur Stillung des Hungers verwenden kann. Aber eben nur eine Zeitlang. Denn die anderen Lebensbedürfnisse treten dann umso schärfer in die Erscheinung, je länger sie zurückgestellt werden. Und wir leben im 20. Kriegsmonat.

Frauenversammlung.

Wir mochen auch an dieser Stelle auf die Sonntag, den 19. März, nachmittags 4 Uhr, im Steppuhnschen Lokale stattfindende Frauenversammlung aufmerksam, in der die Genossin Käthe Leu über Das Gebot der Stunde für Deutschlands Frauen sprechen wird. Diese Versammlung sollte auch von den Frauen unserer eingezogenen Genossen zahlreich besucht werden. Die Zusammenkunft soll insbesondere auch dazu dienen, das Gefüge unserer Organisation zu festigen und ihr Treue zu bewahren. Gibt es doch keine bessere Vertretung unserer Interessen und keine energiegelichere Verfechterin der Frauenrechte als unsere Organisation und unsere Presse. Jetzt während des Krieges, wo der größte Teil unserer Genossen unter den Waffen steht, ist es die doppelte Pflicht der dahingeblichenen Frauen, ihre Kräfte mit für das Parteileben einzusetzen und neue Anhänger für unsere Sache zu werben. Dazu soll auch diese Versammlung dienen. Mit Rücksicht, daß der zur Verfügung stehende Versammlungsraum ein beschränkter ist, erlauben wir die männlichen Mitglieder, fernzubleiben.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur Gustav Schröder, Danzig
Verlag Volkswacht J. Gellert u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

4 1/2 % Deutsche Reichsschatanweisungen 5 % Deutsche Reichsanleihe, unlösbar bis 1924. (Vierte Kriegsanleihe.)

Zur Deckung der durch den Krieg erwachsenen Ausgaben werden 4 1/2 % Reichsschatanweisungen und 5 % Schuldverschreibungen des Reichs hiermit zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.
Die Schuldverschreibungen sind seitens des Reichs bis zum 1. Oktober 1924 nicht lösbar; bis dahin kann also auch ihr Zinsfuß nicht herabgesetzt werden. Die Inhaber können jedoch über die Schuldverschreibungen wie über jedes andere Wertpapier jederzeit (durch Verkauf, Verpfändung usw.) verfügen.

Bedingungen.

1. Zeichnungsstelle: Die Zeichnungen werden

**von Sonnabend, den 4. März, an
bis Mittwoch, den 22. März, mittags 1 Uhr**

bei dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin (Postfachkonto Berlin Nr. 99) und bei allen Zweigstellen der Reichsbank mit Kassenrichtung entgegengenommen. Die Zeichnungen können aber auch durch Vermittlung

der Königlich Preussischen Staatsbank und der Preussischen Central-Genossenschaftsbank in Berlin, der Königlich Preussischen Hauptbank in Nürnberg und ihrer Zweiganstalten, sowie sämtlicher deutschen Banken, Bankiers und ihrer Filialen, sämtlicher deutschen öffentlichen Sparkassen und ihrer Verbände, jeder deutschen Lebensversicherungsgesellschaft und jeder deutschen Kreditgenossenschaft erfolgen.

Zeichnungen auf die 5 % Reichsanleihe nimmt auch die Post an allen Orten am Schalter entgegen. Auf diese Zeichnungen kann die Vollzahlung am 31. März, sie muß aber spätestens am 18. April geleistet werden. Wegen der Zinsberechnung vgl. Ziffer 9, Schlusssatz.

2. Die Schatzanweisungen sind in 10 Serien eingeteilt und ausgefertigt in Stücken zu: 20 000, 10 000, 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Mark mit Zinscheinen zahlbar am 2. Januar und 1. Juli jedes Jahres. Der Zinslauf beginnt am 1. Juli 1916, der erste Zinschein ist am 2. Januar 1917 fällig. Welcher Serie die einzelne Schatzanweisung angehört, ist aus ihrem Text ersichtlich.

Die Reichsfinanzverwaltung behält sich vor, den zur Ausgabe kommenden Betrag der Reichsschatzanweisungen zu begrenzen; es empfiehlt sich deshalb für die Zeichner, ihr Einverständnis auch mit der Zuteilung von Reichsanleihe zu erklären.

Die Tilgung der Schatzanweisungen erfolgt durch Auslosung von je einer Serie in den Jahren 1923 bis 1932. Die Auslosungen finden im Januar jedes Jahres, erstmals im Januar 1923 statt; die Rückzahlung geschieht an dem auf die Auslosung folgenden 1. Juli. Die Inhaber der ausgelosten Stücke können statt der Barzahlung viereinhalbprozentige bis 1. Juli 1932 unlösliche Schuldverschreibungen fordern.

3. Die Reichsanleihe ist ebenfalls in Stücken zu 20 000, 10 000, 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Mark mit dem gleichen Zinslauf und den gleichen Zinstermen wie die Schatzanweisungen ausgefertigt.

4. Der Zeichnungspreis beträgt:
für die 4 1/2 % Reichsschatanweisungen 93 Mark,
" " 5 % Reichsanleihe, wenn Stücke verlangt werden, 98,50 Mark,
" " 5 % " " wenn Eintragung in das Reichsschuldbuch mit Sperre bis 15. April 1917 beantragt wird, 98,30 Mark

für je 100 Mark Nennwert unter Verrechnung der üblichen Stückzinsen (vgl. Ziffer 9).

5. Die zugeteilten Stücke werden auf Antrag der Zeichner von dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin bis zum 1. Oktober 1917 vollständig kostenfrei aufbewahrt und verwahrt. Eine Sperre wird durch diese Niederlegung nicht bedingt; der Zeichner kann sein Depot jederzeit — auch vor Ablauf dieser Frist — zurücknehmen. Die von dem Kontor für Wertpapiere ausgefertigten Depotscheine werden von den Darlehnskassen wie die Wertpapiere selbst beibehalten.

6. Zeichnungsscheine sind bei allen Reichsbankanstalten, Bankgeschäften, öffentlichen Sparkassen, Lebensversicherungsgesellschaften und Kreditgenossenschaften zu haben. Die Zeichnungen können aber auch ohne Verwendung von Zeichnungsscheinen schriftlich erfolgen. Die Zeichnungsscheine für die Zeichnungen bei der Post werden durch die Postanstalten ausgegeben.

7. Die Zuteilung findet zunächst bald nach der Zeichnung statt. Aber die Höhe der Zuteilung entscheidet die Zeichnungsstelle. Besondere Wünsche wegen der Stückelung sind in dem dafür vorgesehenen Raum auf der Vorderseite des Zeichnungsscheines anzugeben. Weren derartige Wünsche nicht zum Ausdruck gebracht, so wird die Stückelung von dem Vermittlungsstellen nach ihrem Ermessen vorgenommen. Späteren Anträgen auf Abänderung der Stückelung kann nicht stattgegeben werden.

8. Die Zeichner können die ihnen zugeteilten Beträge vom 31. März d. J. an jederzeit voll bezahlen.

Sie sind verpflichtet:

30 %	des zugeteilten Betrages	spätestens am 18. April d. J.
20 %	"	" 24. Mai d. J.
25 %	"	" 23. Juni d. J.
25 %	"	" 20. Juli d. J.

zu bezahlen. Frühere Teilzahlungen sind zulässig, jedoch nur in runden, durch 100 teilbaren Beträgen des Nennwertes. Auch die Zeichnungen bis zu 1000 Mark brauchen nicht bis zum ersten Einzahlungstermin voll bezahlt zu werden. Teilzahlungen sind auch auf sie jederzeit, indes nur in runden durch 100 teilbaren Beträgen des Nennwertes gestattet; doch braucht die Zahlung erst geleistet zu werden, wenn die Summe der fällig gewordenen Teilbeträge wenigstens 100 Mark ergibt.

Beispiel: Es müssen also spätestens zahlen: die Zeichner von 4 500: 4 100 am 24. Mai, 4 100 am 23. Juni, 4 100 am 20. Juli; die Zeichner von 4 200: 4 100 am 24. Mai, 4 100 am 20. Juli; die Zeichner von 4 100: 4 100 am 20. Juli.

Die Zahlung hat bei derselben Stelle zu erfolgen, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.

Die am 1. Mai d. J. zur Rückzahlung fälligen 80 000 000 Mark 4 % Deutsche Reichsschatanweisungen von 1912 Serie II werden — ohne Zinschein — bei der Begleichung zugeteilter Kriegsanleihen zum Nennwert unter Abzug der Stückzinsen bis 30. April in Zahlung genommen.

Die im Laufe befindlichen unverzinslichen Schatzscheine des Reichs werden — unter Abzug von 5 % Diskont vom Zahlungstage, frühestens aber vom 31. März ab, bis zum Tage ihrer Fälligkeit — in Zahlung genommen.

9. Da der Zinslauf der Anleihen erst am 1. Juli 1916 beginnt, werden auf sämtliche Zahlungen für Reichsanleihe 5 % für Schatzanweisungen 4 1/2 % Stückzinsen vom Zahlungstage, frühestens aber vom 31. März ab, bis zum 30. Juni 1916 zu Gunsten des Zeichners berechnet; auf Zahlungen nach dem 30. Juni hat der Zeichner die Stückzinsen vom 30. Juni bis zum Zahlungstage zu entrichten. Wegen der Teilzeichnungen siehe unten.

Beispiel: Von dem in Ziffer 4 genannten Kaufpreis geben demnach ab:

I. bei Begleichung von Reichsanleihe	a) bis zum 31. März			b) am 18. April			c) am 24. Mai		
	50 Tage	72 Tage	86 Tage	50 Tage	72 Tage	86 Tage	50 Tage	72 Tage	86 Tage
	1,25 %	1,00 %	0,50 %						
Zusätzlich zu zahlender Betrag also nur	97,25 %	97,50 %	98,00 %						

II. bei Begleichung von Reichsschatanw.	d) bis zum 31. März			e) am 18. April			f) am 24. Mai		
	50 Tage	72 Tage	86 Tage	50 Tage	72 Tage	86 Tage	50 Tage	72 Tage	86 Tage
	1,12 %	0,60 %	0,35 %						
Zusätzlich zu zahlender Betrag also nur	95,87 %	94,10 %	94,55 %						

Bei der Reichsanleihe erhöht sich der zu zahlende Betrag für je jede 18 Tage, um die sich die Einzahlung weiterhin verschiebt, um 5 Pfennig, bei den Schatzanweisungen für je jede 4 Tage um 8 Pfennig für je 100 Mark Nennwert.

Bei Postzeichnungen (siehe Ziffer 1. letzter Absatz) werden auf bis zum 31. März geleistete Vollzahlungen Zinsen für 90 Tage (Beispiel 1a), auf alle anderen Vollzahlungen bis zum 18. April, auch wenn sie vor diesem Tage geleistet werden, Zinsen für 72 Tage (Beispiel 1b) vergütet.

10. Zu den Stücken von 1000 Mark und mehr werden für die Reichsanleihe sowohl wie für die Schatzanweisungen auf Antrag vom Reichsbank-Direktorium ausgestellte Zwischenscheine ausgegeben, über deren Umtausch in endgültige Stücke das Erforderliche später öffentlich bekanntgemacht wird. Die Stücke unter 1000 Mark, zu denen Zwischenscheine nicht vorgegeben sind, werden mit größtmöglicher Beschleunigung fertiggestellt und voraussichtlich im August d. J. ausgegeben werden.

Berlin, im Februar 1916.

Reichsbank-Direktorium.
Savenstein. v. Grimm.



Für das Bürgerrecht der Frauen.

Das gewaltigste Wittern aller Zeiten tobt bereits im zwanzigsten Monat. Noch immer müssen unsere tapferen Krieger, das Volk in Waffen, treue Wacht zur Verteidigung des Vaterlandes halten. Diesen Familien hat der Krieg Trauer und Sorgen gebracht. Proß ist die Not und die Zeit bitter.
Vor allem die Frauen und Mädchen haben große Aufgaben übernehmen müssen; sie haben Gewaltiges in treuer Pflichterfüllung für ihre Familien und ihr Volk getan. Unverdrassen haben sie das Schwerste in der Erwerbsarbeit geleistet, die Wunden des Krieges gekübelt und Trost und Hoffnung gesendet. Sie haben sich unter den schwierigsten Verhältnissen aufopferungsvoll als Mütter, Arbeiterinnen und Bürgerinnen bewährt.

Den Frauen und Mädchen nicht nur Dank und Anerkennung sondern das volle Staats- und Bürgerrecht zu geben, muß jetzt die selbstverständliche Forderung der Gerechtigkeit sein.

Der Förderung dieser Aufgabe soll eine

Öffentliche Versammlung

für
Frauen und Männer

blenen, die am **Sonntag, den 19. März 1916, nachm. 4 Uhr,** im **Bürgergarten der Witwe Steppuhn in Schildisch,** stattfinden.

Tagesordnung:

Das Gebot der Stunde für Deutschlands Frauen.

Rednerin: Frau Käthe Lau.

Freie Aussprache.

Alle Frauen, Mädchen und Männer, die den Ernst und die Pflichten dieser Zeit verstehen, werden eingeladen.

Wir rufen euch, kommt zahlreich!

Der Vorstand d. Sozialdemokrat. Vereins Danzig-Stadt.

Gelesene Nummern der Volkswacht werfe man nicht achtlos fort, sondern lasse sie uns noch Fernstehenden zukommen :: ::

Fertige
Prüfung- u. Einsegnungs-Anzüge
Einsegnungs-Kleider
in allen Preislagen
4 % Rabatt 4 % Rabatt
Ertmann & Berlewitz
Holzmarkt 23, 25-26. 84

Wassercreme?
Nein!
Nur Oel-Wachs-Lederpuh
Rigrin
ist tief-schwarz, nicht-abfärbend, Hochglanz und macht das Leder wasserdicht. Sofortige Lieferung, auch Tranleder, Fett und Schuhfett Tranolin. Fabrikant: Carl Bentner, Göppingen (Württg.)
Schutzmarke

